SCHRIFTENREIHE
DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ

62

70 JAHRE HITLER-ATTENTAT VOM 20. JULI 1944 UND DER ZIVILE WIDERSTAND IM RHEIN-MAIN-GEBIET

Vortragsabend am 22. Juli 2014
im Landtag Rheinland-Pfalz

Heft 62
der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz
ISSN 1610-3432

IMPRESSUM

Herausgeber:	Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz
Verantwortlich:	Hans-Peter Hexemer Leiter Kommunikation und neue Medien Platz der Mainzer Republik 1, 55116 Mainz
Redaktion:	Elke Steinwand
Gestaltung:	Petra Louis, Mainz
Titelbild:	Archiv der sozialen Demokratie (AdsD): Alfred Freitag Dr. Lothar Steffan: Jakob Steffan Landeshauptstadt Mainz, Stadtarchiv: Ludwig Schwamb
Fotos:	Andreas Linsenmann: S. 5, 9, 13, 19, 25, 30, 35, 41, 45, 46 Archiv der sozialen Demokratie (AdsD): S. 43 Landeshauptstadt Mainz, Stadtarchiv: S. 23, 28, 29 Landtag Rheinland-Pfalz: S. 41 Dr. Lothar Steffan: S. 33, 37, 42
Copyright:	Landtag Rheinland-Pfalz 2015
Druck:	Druckerei Wolf, Ingelheim

Der Landtag im Internet: www.landtag.rlp.de

70 JAHRE HITLER-ATTENTAT VOM 20. JULI 1944 UND DER ZIVILE WIDERSTAND IM RHEIN-MAIN-GEBIET

Vortragsabend am 22. Juli 2014
im Landtag Rheinland-Pfalz
in Kooperation mit der Landeszentrale
für politische Bildung Rheinland-Pfalz

INHALTSVERZEICHNIS

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE
Landtagspräsident Joachim Mertes 5

VORTRAG
Der 20. Juli 1944 – Ansichten eines gescheiterten Attentats
Professor Dr. Michael Kißener, Johannes Gutenberg-Universität Mainz 9

KURZBIOGRAFIE
Ludwig Schwamb (1890–1945) aus Undenheim und der 20. Juli 1944 – Militärisches Attentat und ziviler Widerstand gegen Hitler
Sarah Ertel, Staatsexamen 2013 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 23

KURZBIOGRAFIE
Jakob Steffan (1888–1957) aus Oppenheim
Sina Schiffel, Staatsexamen 2010 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 33

KURZBIOGRAFIE
Alfred Freitag (1880–1959) aus Mainz
Fabian Müller, Gedenkstätte KZ Osthofen 43

BEGRÜSSUNGSANSPRACHE

LANDTAGSPRÄSIDENT JOACHIM MERTES

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

mit diesem Vortragsabend wollen wir an mutige Männer und Frauen erinnern. Sie haben in der NS-Diktatur ihr Leben aufs Spiel gesetzt, um einen verbrecherischen Diktator zu beseitigen. Lange hat es gebraucht, bis der Widerstand vom 20. Juli seinen Platz im Gedächtnis der Deutschen gefunden hat. In den Jahren nach dem Krieg galten Claus Graf Schenk von Stauffenberg und seine Mitverschwörer vielen noch als „Vaterlandsverräter".

Heute haben sie einen Ehrenplatz im Gedächtnis der Deutschen. Am Ort ihrer Hinrichtung, im Berliner Bendler-Block, erinnert die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand" an diejenigen, die nach dem Scheitern des Attentats vor 70 Jahren ermordet wurden.

Meine Damen und Herren, der Widerstand war vielfältig und er war weiter verbreitet, als lange Zeit angenommen wurde. Er hatte viele Formen und viele Gesichter. Er war aus den unterschiedlichsten Motiven gespeist.

In der Hitler-Diktatur Widerstand leisten – das war schon an sich eine Leistung. Es war eine Leistung in einer Zeit, in der jedes Wort, das in falsche Ohren drang, verraten werden konnte – mit tödlichen Folgen. Es war eine Leistung, mitten im Zweiten Weltkrieg, in einer Zeit ohne Handy, Internet und Twitter, auf die richtigen Leute zuzugehen, und sie davon zu überzeugen mitzumachen. Dazu gehörte sehr viel Mut, Vorsicht und Überzeugungskraft.

Dabei hat der Widerstand vom 20. Juli zwei Seiten. Die militärische Seite – sie ist uns heute weitgehend bekannt – und eine zivile Seite.

Für diejenigen Widerstandskämpfer des 20. Juli, die dem Militär angehörten, war es keineswegs ein leichter Entschluss, Widerstand zu leisten und Adolf Hitler zu ermorden. War der Diktator doch der oberste Befehlshaber, derjenige, auf den die Soldaten den Eid geschworen hatten.

Ihr Entschluss aber zeigt uns bis heute: Es ist wichtig zu wissen, dass es Grenzen des Gehorsams gibt. Jenseits vom Gehorsam gibt es für den Einzelnen eine Verpflichtung, übergeordneten Werten, dem Gewissen, zu folgen und danach zu handeln.

Genau hieran erinnert die Gedenkstätte Deutscher Widerstand – mitten auf dem Gelände des Verteidigungsministeriums.

Heute geloben die Soldaten der Bundeswehr, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Ihre Einsatzbefehle sind demokratisch legitimiert, sie kommen vom Parlament. Deshalb habe ich mich im vergangenen Monat für das öffentliche Gelöbnis vor dem Deutschhaus eingesetzt.

Meine Damen und Herren, so viel zur militärischen Seite des Widerstands vom 20. Juli. Sie ist aber eng verwoben mit der zivilen Seite des Widerstands, der wir uns am heutigen Abend zuwenden möchten.

Denn die Verschwörer haben Vorkehrungen dafür getroffen, wie es weitergeht, wenn Hitler ermordet ist. Es sollte kein Machtvakuum geben, keinen Bürgerkrieg. Wer also übernimmt dann die Macht an der Spitze des Staates bis hinunter in die einzelnen Gemeinden?

Hierzu haben sie ein fein gesponnenes und verästeltes Netz von zivilen Mitwissern gewebt. Der 20. Juli hat sich nicht nur fernab in Ostpreußen und in Berlin abgespielt. Sondern auch vor unserer Haustür. Je weniger aber der einzelne Eingeweihte vor Ort vom Großen und Ganzen wusste, desto besser. Deshalb ist es bis heute für Historiker sehr schwer, diese zivile Seite des Widerstands zu erforschen und zu untersuchen.

Ich begrüße sehr herzlich Professor Michael Kißener vom Arbeitsbereich Zeitgeschichte des historischen Seminars der Universität Mainz. Er wird uns einen ersten Überblick und eine Einführung in die Abläufe des 20. Juli geben.

Dann wollen wir uns in kurzen Lebensläufen einzelnen Widerstandskämpfern aus Mainz und Rheinhessen zuwenden. Hier in Rheinhessen war dieses konspirative Netz besonders dicht gesponnen, so viel wissen wir. Heute Abend wollen wir mehr über einzelne Mitglieder des zivilen Widerstands hier bei uns erfahren.

Ich begrüße sehr herzlich Frau Sarah Ertel, die in einer Kurzbiographie auf den Undenheimer Ludwig Schwamb eingehen wird. Außerdem begrüße ich Frau Sina Schiffel. Sie hat sich in ihrer

Examensarbeit Jakob Steffan aus Oppenheim gewidmet. Und schließlich Herrn Fabian Müller, der Ihnen den Mainzer Alfred Freitag nahe bringen wird.

Meine Damen und Herren, wir wollen bei diesem Thema bewusst den Nachwuchs zu Wort kommen lassen. So wollen wir würdigen, dass sich diese jungen Leute in ihren Staatsexamensarbeiten mit dem Widerstand eingehend beschäftigt haben.

Wir, das sind der Landtag Rheinland-Pfalz und die Landeszentrale für Politische Bildung, der ich für die bewährte Kooperation bei dieser Veranstaltung danken möchte.

Meine Damen und Herren, ich sagte eingangs, Widerstand leisten sei damals eine Leistung gewesen. Widerstand verlangt auch persönliche Unabhängigkeit. Dafür muss man persönlich Stellung beziehen, sich nicht wegducken. Man muss zu seiner Position stehen, selbst wenn sie gerade nicht zum Mainstream gehört. Insofern ist die Beschäftigung mit dem Widerstand von damals auch heute aktuell. Ich wünsche Ihnen daher einen guten, einen ertragreichen Abend.

VORTRAG

DER 20. JULI 1944
ANSICHTEN EINES GESCHEITERTEN ATTENTATS

Professor Dr. Michael Kißener
Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Eigentlich war das, was sich am 20. Juli 1944 im Führerhauptquartier in der Wolfsschanze bei Rastenburg und anschließend in der Zentrale des Ersatzheeres im sogenannten Bendlerblock in Berlin ereignete, ein hochriskantes und im Grunde mit wenig Aussicht auf Erfolg verbundenes Unterfangen. Im Nachhinein mag man sich sogar wundern, wie man glauben konnte, es sei möglich, dass ein gerade erst halbwegs wiederhergestellter im Afrikafeldzug schwer verwundeter Oberst, der noch Granatsplit-

ter im Körper hatte, nur noch über ein Auge und an der linken Hand auch nur noch über drei Finger verfügte, während die rechte ganz verloren war, in einer abgeschirmten, feindlichen Umgebung erfolgreich einen Bombenanschlag ausführen könne. Noch mehr Verwunderung muss es eigentlich auslösen, wenn man bedenkt, dass derselbe Mann sodann schnellstens in ein Flugzeug einsteigen und mitten im Krieg mit feindlicher Luftüberlegenheit unbehelligt nach Berlin zurückkehren musste, um von dort aus den Umsturzversuch federführend zu leiten. Dabei war es zudem noch notwendig, mit einem Kreis von Mitverschwörern, die über ganz Deutschland, ja weite Teile Europas verteilt waren, Kontakt zu halten und die Aktionen zu koordinieren. Mehr noch: Jener Oberst, Claus Schenk Graf von Stauffenberg, musste seinen Umsturzversuch so anlegen, dass noch viel mehr Personen, die nicht eingeweiht waren und sicher nicht bereit waren, die Sache zu unterstützen, mitmachten, ohne es zu wissen. Das alles war hochriskant, ohne viel Glück kaum zu schaffen. Es mutet fast wie eine Verzweiflungstat an.

Eine Verzweiflungstat – das war der 20. Juli in mancher Hinsicht tatsächlich. Jahrelang hatten ja die Oppositionellen in der deutschen Wehrmacht versucht, die Generalität zum Einschreiten zu bewegen – doch vergeblich. So wenige Repräsentanten der militärischen Elite wagten es, mit ihrer Sozialisation zu brechen und einer verbrecherischen Staatsführung im Krieg in den Arm zu fallen. Claus Schenk Graf von Stauffenberg hat es einmal noch drastischer ausgedrückt: „Die Kerle haben ja die Hosen voll oder Stroh im Kopf, sie wollen nicht“[1], stellte er fest und leitete daraus ab, dass nun eben die nachgeordneten Führungsschichten eine solche Sache in die Hand nehmen müssten. Hier fand er auch Helfer, die zum Teil schon mehrfach viel riskiert hatten, aber immer wieder war ein Anlauf nach dem anderen gescheitert: Man denke etwa nur an die Bombe, die Mitverschwörer in der Heeresgruppe Mitte im März 1943 in Hitlers Flugzeug geschmuggelt hatten und die wegen der Kälte nicht explodiert war. Das bezeugt in jedem Fall, dass man tatbereit war, nicht nur im Angesicht der drohenden Niederlage, sondern schon lange vorher. Das bezeugt aber auch, dass man immer wieder mit dem Mut der Verzweiflung gegen das System anrannte, um dem verbrecherischen Wahnsinn der nationalsozialistischen Kriegführung ein Ende zu bereiten. Und hätte man es selbst noch im Juli 1944 geschafft und hätte der Krieg dann ein Ende gefunden, wäre vielen Millionen, die bis zum 8. Mai 1945 noch sterben mussten, dieses Schicksal erspart geblieben.

Angetrieben wurden diese Verschwörer aber sicher nicht nur durch den Mut der Verzweiflung, sondern gewiss auch aus der wachsenden Erkenntnis heraus, dass man viel zu lange den Verbrecher an der Spitze des Staates hatte gewähren lassen, viel zu lange von den Anfangserfolgen sich hatte blenden lassen, viel zu lange selbst mitgeholfen hatte, solche Erfolge zu erzielen. „Sind wir noch brauchbar?“ hat der Mitverschwörer aus der Bekennenden Evangelischen Kirche Dietrich Bonhoeffer an der Jahreswende 1943 in der erhalten gebliebenen Schrift „Nach zehn Jahren“ seine Freunde im Widerstand gefragt. „Wir sind stumme Zeugen böser Taten gewesen, wir sind mit vielen Wassern gewaschen, wir haben die Künste der Verstellung und mehrdeutigen Rede gelernt, wir sind durch Erfahrung misstrauisch gegen die Menschen geworden und mussten ihnen die Wahrheit und das freie Wort oft schuldig bleiben, wir sind durch unerträgliche Konflikte mürbe oder vielleicht sogar zynisch geworden – sind wir noch brauchbar?“[2]

Es ist das Verdienst Peter Steinbachs, auf eine leider längst vergessene, ganz frühe Gedenkrede zum 20. Juli des badischen Dichters Reinhold Schneider aufmerksam gemacht zu haben, von der wir aus Briefen wissen, dass sie den damals noch lebenden Mitverschwörern oder ihren nächsten Angehörigen ohne Ausnahme aus dem Herzen gesprochen hat. „Wir haben nicht die Absicht, der entsetzlichen Tatsache auszuweichen, dass der Schatten der Schuld und Mitschuld auf Männer dieser Haltung fiel und fallen musste; und doch war es echtes Menschentum, das

in ihnen sich empörte und wiederfand. Viele unter ihnen hatten geholfen, den Mächtigen zu stärken, ihn mit der fragwürdigen Gloriole seiner Siege zu schmücken; nun erhoben sie sich gegen ihn, gegen ihr eigenes Werk. Was der Mut dieser Freiheit gilt vor Gott, wie stark in dem einen oder anderen die Bereitschaft zur Sühne war, wissen wir nicht. Aber dieser Mut ist für uns doch ein Anfang, der uns ehrwürdig bleibt. … Wir alle stehen und standen in der Gefangenschaft der Schuld", formulierte er 1947.[3]

Nimmt man dies wahr, dann wirkt der heute oft und leichtfertig erhobene Vorwurf gegen die Verschwörer des 20. Juli, sie seien selbst verstrickt gewesen in den NS-Staat, manche sogar in seine Verbrechen, weit weniger überraschend. Der ehemalige tschechische Staatspräsident Václav Havel hat einmal bekannt, dass das Leben in einer modernen Diktatur ein „Leben in der Lüge" sei. Man müsse sich verstellen, stets so tun, als mache man mit, damit man überhaupt überleben und wirken könne. Entscheidend und des Gedenkens würdig ist daher, dass es diesen Menschen im Unterschied zu der großen, mitlaufenden, ja vielfach mitwirkenden Masse gelang, sich abzusetzen, umzukehren, den Weg des Widerstands zu wählen, und zwar unter Einsatz des Wertvollsten, das ein Mensch zu geben hat, seines Lebens. Genau das taten die Verschwörer des 20. Juli 1944, der eine mehr, der andere weniger schuldbeladen. Jeder war auf einem anderen, individuellen Weg dahin gekommen, sich aus der auch 1944 noch jubelnden und dem Führer vertrauenden Mehrheit herauszunehmen, ein „einsamer Verschwörer", wie dies Klemens von Klemperer genannt hat, zu werden, in einem „Volk ohne Widerstand", wie Hans Mommsen schon vor Jahren analysierte.

Der Mut der Verzweiflung über die Zustände in Deutschland, der Antrieb zum Handeln aber auch aus der Erkenntnis der eigenen Mitschuld und die Hoffnung, den Marsch eines ganzen Volkes in den physischen und auch politischen Abgrund doch noch zu stoppen, machten die Verschwörer des 20. Juli jedoch weit weniger kopflos, unüberlegt oder unverantwortlich, als dies auf den

ersten Blick bei der Abwägung der Erfolgschancen dieses Attentats erscheinen mag.

Der Plan des 20. Juli war an sich gar nicht ungeschickt, er war, fast möchte man sagen, von einem messerscharfen Verstand durchkalkuliert – die Gestapo sprach später davon, der Plan sei geradezu „raffiniert" gewesen. Er ging nämlich von einer geheimen Operationsplanung mit Namen „Walküre" aus , die gedacht war für den Fall von inneren Aufständen oder Notmaßnahmen, z. B. von Aufständen, die von dem Millionenheer der nach Deutschland verschleppten oder dort eingesetzten Fremd- und Zwangsarbeiter hätten ausgehen können. Und dieser Plan setzte da an, wo man unverdächtig über starke bewaffnete Streitkräfte verfügen konnte. Das war das Ersatzheer, über das der Mitverschwörer General Olbricht gerade zur rechten Zeit durch Versetzung eine gewisse Befehlsgewalt erlangt hatte. Um in einem solchen Fall die Kontrolle zu behalten, sah dieser Plan vor, dass das Ersatzheer die Kommandogewalt übernehmen sollte und Ruhe und Ordnung im Reich wiederherstellen könnte. Ja die Einsatzplanungen waren sogar so formuliert, dass es so aussehen konnte, als hätten „frontferne Kreise" aus der Partei selbst einen

Staatsstreich verüben wollen, den nun das Ersatzheer zerschlagen müsse, wozu die Übernahme der Regierungsgewalt erforderlich wäre. Stauffenberg und Henning von Tresckow formulierten diesen Plan mehrfach so um, dass er der jeweils aktuellen Lage angepasst war und überzeugend wirken konnte, so dass in seiner Anwendung die wichtigsten NS-Machtzentren ausgeschaltet werden konnten. Das war ziemlich schlau gedacht, doch schon die Tatsache, dass bei allen Planungen davon ausgegangen werden musste, dass es gegen eine solche Machtübernahme erhebliche Widerstände geben würde, dass weite Teile der Führungselite eingebunden werden mussten, die einem Umsturz gerade in der höchsten Kriegsnot nie die Hand gereicht hätten, warf doch einen bedenklichen Schatten auf das Vorhaben.

Die Attentäter glaubten an diesem Punkt auf die Macht der Wahrheit hoffen zu können und setzten auf einen geplanten großen Prozess gegen die NS-Führung, bei dem der ganze verbrecherische Charakter des Regimes offengelegt werden sollte. Dafür hatte z. B. Hans von Dohnanyi, Mitverschwörer im Amt Ausland Abwehr, zahlreiche Beweise gesammelt und gesichert, die dann zum Einsatz gekommen wären. Divergierende politische Vorstellungen, die Verschwörer wie Öffentlichkeit wieder formuliert hätten, wenn der Zwang des Terrorregimes beseitigt gewesen wäre, hoffte man durch die Beschwörung der Wiederherstellung der „Majestät des Rechts", wie es in einer ersten geplanten Regierungserklärung hieß, die sicher alle gutgeheißen hätten, zu bannen. Zudem achtete man darauf, dass neue, vertrauenswürdige Repräsentanten aus allen politischen Lagern einen Neuanfang gestalten sollten, die zu überzeugen vermochten.

Voraussetzung für ein Gelingen war allem anderen voran, dass Hitler und möglichst viele aus seiner unmittelbaren Führungsumgebung schlagartig beseitigt worden wären. Hier offenbart sich ein bemerkenswerter Realitätssinn der Verschwörer, nicht nur, weil sie die Führung an sich entmachten wollten, sondern es auch als unbedingte Notwendigkeit ansahen, die selbst im fünften Kriegsjahr noch auf die Bevölkerung charismatisch wirkende Führungsfigur zu beseitigen und damit einen regelrechten Bann zu brechen. Doch an Hitler heranzukommen, der sich zunehmend aus der Öffentlichkeit zurückzog, war sehr schwer. Claus Schenk Graf von Stauffenberg wurde so zum Attentäter, obwohl er körperlich durch seine Verwundungen ungeeignet dazu war, weil er als einer der ganz wenigen, die einsatzbereit waren, überhaupt an den Diktator herankam, dem er bei Lageberichten vorzutragen hatte. Dass der ganze Umsturz nicht gelang, weil genau an dieser Stelle der Plan nicht erfolgreich ausgeführt werden konnte, bezeugt, wie richtig die Verschwörer kalkuliert hatten: Für alles Weitere war der Tod Hitlers die unbedingte Voraussetzung. Die Wirkung der Sprengladung Stauffenbergs verpuffte, weil die Besprechung, bei der die Bombe gezündet werden musste, in eine Baracke verlegt worden war, die für ein solches Vorhaben gerade denkbar ungünstig war. Das Ganze zu verschieben, war nicht möglich: Das hatte man einige Tage zuvor schon einmal tun müssen, was bereits den Argwohn nicht eingeweihter Funktionsträger in diesem System erregt hatte. Man kann mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass ein neuerlicher Abbruch, die Gefahr, dass die ganze Verschwörung aufflog, immens gesteigert hätte.

So entschloss sich Stauffenberg zur Umsetzung des Planes, komme was da wolle. Und anders als man bei erster Betrachtung des Vorgehens meinen sollte, entpuppte sich nun der Umstand, dass der Attentäter zugleich als Organisator des Umsturzes gebraucht wurde, gar nicht einmal als die schwächste Stelle des Vorhabens. Stauffenberg gelang es tatsächlich, aus dem vorherrschenden Chaos des streng abgeriegelten Führerhauptquartiers zu entkommen, es gelang ihm tatsächlich, ein Flugzeug zu besteigen und unbehelligt von feindlichen Jägern Berlin zu erreichen, und es gelang ihm innerhalb der damals denkbar kürzesten Zeit seinen neuen Einsatzort, den Bendlerblock, zu erreichen. Das Vorhaben bedurfte günstiger Fügungen, und diese waren in dieser Phase offensichtlich vorhanden. Ein solches Vorhaben bedarf aber auch entschlossener und improvisationsfähiger Mitverschwörer,

genau daran aber mangelte es in der Wolfsschanze wie auch in Berlin. In der Wolfsschanze gelang es nämlich nicht, die Nachrichtenverbindungen vollständig zu kappen und die NS-Führung wenigstens für einige Zeit zu isolieren. Und es gelang auch nicht, die Verfügungsgewalt über den Rundfunk zu erlangen, um der Goebbels-Propaganda ihre Grundlage zu entziehen. Zwei gleichzeitig eintretende schwere Belastungen!

Wichtiger aber noch: In der Unsicherheit, ob Hitler nun tot sei oder nicht, war in Berlin, anders als geplant, nichts geschehen, Stauffenberg musste hier nun erst selbst handeln, die Situation bereinigen und die Unklarheit der Lage durch entschlossenes Handeln überbrücken. Wenn die ganze Aktion noch eine Chance hätte haben können, so war sie durch die Untätigkeit in Berlin im Grunde vertan, die Zeit spielte eine entscheidende Rolle, und die Zeit arbeitete gegen die Verschwörer. Mit jeder Minute, in der sich das Regime von dem Schock des Anschlages erholte, sanken die Erfolgsaussichten der kleinen Verschwörergruppe. Dass Stauffenberg alles ihm Mögliche versuchte, seine Umgebung auch mitriss, um doch noch zum Erfolg zu kommen, bezeugt schon Todesmut. Und dass er damit auch Erfolg haben konnte, belegt die Tatsache, dass in Paris, zum Teil auch in Wien, selbst jetzt noch alles nach Plan lief: Dort wurde tatsächlich z. B. die Spitze der örtlichen Gestapo verhaftet, dort konnte man nach einigen Stunden die ausführende Gewalt in den Händen der Verschwörer sehen. Aber eben nur dort – in den meisten Wehrkreisen des Reiches nicht, dort geschah nichts, vor allem dann nicht, wenn die örtlichen Entscheidungsträger nicht eingeweiht waren.

Und weil eben an so vielen Orten nicht das geschah, was hätte geschehen sollen, blieb auch eine weitere Aktion aus, die seit Jahren vorbereitet war und eine besonders beeindruckende Vorarbeit für den Tag des Attentats darstellte: Die Organisation eines zivilen Vertrauensleutenetzes über das ganze Reichsgebiet hinweg. Diese Vertrauensleute sollten im Falle der Beseitigung Hitlers und der Machtübernahme durch die Verschwörer für den Umsturz arbeiten und die regionale bzw. lokale Macht dem Regime entreißen. Im Wesentlichen geht die Organisation dieses Vertrauensleutenetzes auf die Gewerkschafter zurück, die ihre alten Kontakte dazu nutzten: Die linken Gewerkschafter und Sozialdemokraten wurden vor allem von Wilhelm Leuschner angesprochen, die christlich, konservativen zivilen Partner organisierte Jakob Kaiser. Es ist aus der Retrospektive wirklich erstaunlich, wie es gelingen konnte, dieses Helfernetz auf die Beine zu stellen, ohne dass die Gestapo und die im Reichssicherheitshauptamt organisierten Verfolgungsorgane des NS-Staates darauf aufmerksam wurden.

Erklärlich ist es letztlich nur dadurch, dass diese Kontakte konspirativ, im Rahmen von Freundschaftsbeziehungen, nicht im Rahmen von alten Partei- oder sonstigen Organisationsstrukturen hergestellt wurden. Zumeist wusste der Angesprochene nur von einer oder zwei weiteren involvierten Personen, mehr nicht. Auch das zu bewältigende Aufgabenspektrum war nur auszugsweise den Betroffenen bekannt, genauso wie die Details des Vorhabens insgesamt. Zusammenkünfte fanden meist im privaten Rahmen statt, konnten jederzeit als rein freundschaftliche Treffen ausgegeben werden, ohne irgendeinen politischen Hintergrund.

Nach den Verhöraussagen Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburgs, der selbst als Staatssekretär im Reichsinnenministerium vorgesehen war, strukturierte sich der Kreis der zivilen Verschwörer nach dem Grad ihrer Eingeweihtheit: Ein kleiner Kreis von vorgesehenen Spitzenfunktionären wusste über alle Details, sogar die brisante Sprengstofffrage, Bescheid. Sodann war ein wiederum enger Zirkel von Mitverschwörern eingeweiht in den Attentatsplan an sich. Größer war der Umfang jener, die wussten, dass ein gewaltsames Unternehmen stattfinden sollte, ohne aber genaue Informationen zu haben, wer wann ausgeschaltet werden würde. Und schließlich war einem noch weiteren Kreis bekannt, dass etwas geschehen würde und sie dabei irgendwie gebraucht würden. Mit dem ersten und zweiten Kreis waren sicher

die Aktiven beim 20. Juli gemeint, der dritte Kreis umschrieb die Verbindungsoffiziere in den Wehrkreisen und die als Politische Beauftragte für die Länder Auserkorenen. Die vierte Gruppe wurde gebildet von den Vertrauensleuten in Land und Stadt.

Erst diese zivile Seite der Verschwörung des 20. Juli 1944, die über sehr lange Zeit gar nicht gesehen oder nur als Hirngespinst der wenigen, die nach 1945 darüber geredet haben, angesehen wurde, gab dem ganzen Vorhaben die notwendige Absicherung und Schlagkraft in der regionalen Breite des Reiches. Sie sollte auch Garant dafür sein, dass der Umsturzversuch nicht in einer Art Militärdiktatur endete, sondern den politischen Kräften wieder Raum verschaffte, um ein neues Deutschland aufzubauen, das mit den Kriegsgegnern überhaupt verhandeln konnte. Mangels überlieferter schriftlicher Quellen, die natürlich nicht angelegt wurden, um die Beteiligten zu schützen, ist dieses Vertrauensleutenetz bislang nur ganz unvollständig aufgeklärt.

Dort, wo wir aber etwas über das regionale Netz der zivilen Mitverschwörer wissen, ist das Maß der Einsatzbereitschaft nach rund zehn Jahren der Diktatur beeindruckend und der Stand der Vorbereitung bemerkenswert. Für das Rhein-Main-Gebiet hat glücklicherweise Axel Ulrich die Verhältnisse genauer untersucht[4] und auch eine Reihe von Studien zu einzelnen Personen dieses Netzwerkes liegen vor, von denen im Rahmen dieser Veranstaltung drei genauer vorgestellt werden. War hier im Rhein-Main-Gebiet der Anteil sozialdemokratischer Gewerkschafter aufgrund der Kontakte von Wilhelm Leuschner und Ludwig Schwamb relativ groß, waren es andernorts, wie z. B. in Baden, aufgrund der Kontakte von Jakob Kaiser vornehmlich christliche Gewerkschafter und alte Zentrumsleute, die bereit waren, für den Umsturz ihr Leben einzusetzen.[5]

Parteipolitisch betrachtet kann man deshalb in diesem Netzwerk die Realisierung eines überparteilichen antitotalitären Grundkonsenses erblicken, der die Verschwörung des 20. Juli in besonderem Maße und im Vergleich zur politisch fragmentierten Opposition der Anfangsjahre des Hitlerregimes auszeichnete. Dieser Grundkonsens umfasste sogar in Einzelfällen Kommunisten, die freilich für die meisten Bürgerlichen, aber durchaus auch für manch einen Sozialdemokraten unsichere Kantonisten blieben, deren Zukunftsvorstellungen und totalitäre Grundideen viele Diskussionen hervorriefen. Alles in allem waren hier auf jeden Fall mehrere hundert, manche Zeitzeugen sprachen von mehreren tausend, Regimegegner versammelt und kampfbereit gegen das Regime. Die von der Sonderkommission 20. Juli im Reichssicherheitshauptamt ermittelten 600 Personen waren sicher nur „die Spitze des Eisbergs". Die Gestapo konnte aufgrund von einigen bei den Hauptverschwörern aufgefundenen Alarmierungslisten allenfalls einige Verbindungsoffiziere und Politische Beauftragte in den Wehrkreisen aufspüren, auf die Ebene der Vertrauensleute stieß sich nicht vor – sei es aus Unvermögen, sei es wegen der sich in den Folgemonaten so verschärfenden Kriegslage, sei es vielleicht auch, weil man das gar nicht wollte, um der von Hitler selbst ins Leben gerufenen Fiktion eines ganz kleinen, angeblich ehrgeizzerfressenen Verschwörerkreises nicht widersprechen zu müssen.

Für die Betroffenen hatte ihre Entdeckung als Mitverschwörer in jedem Fall die denkbar negativsten Folgen: Der Präsident des Volksgerichtshofes, Roland Freisler, der die meisten Verfahren gegen die Verschwörer des 20. Juli abwickelte, unterschied nicht zwischen verschiedenen Graden der aktiven Beteiligung. Wer nur um das Vorhaben ungefähr gewusst hatte, galt, weil er es nicht an die Gestapo denunziert hatte, als Hochverräter genauso wie der, der die Bombe gezündet hatte. Deshalb musste der Sozialdemokrat Ludwig Schwamb aus Mainz etwa genauso sterben wie der Karlsruher Rechtsanwalt und Zentrumsmann Reinhold Frank, der sich als Politischer Beauftragter für Baden zur Verfügung gestellt hatte. Denjenigen aus dem Militär, die sich ähnlich wie Stauffenberg, der unmittelbar und vor Ort schon standrechtlich erschossen worden war, exponiert hatten, wurden von einem sogegannten Ehrenhof der Wehrmacht aus der kämpfenden Truppe ausgeschieden, damit sich der Volksgerichtshof über sie hermachen konnte.

Weil auffallend viele Adlige an dem Umsturzversuch teilgenommen hatten, kursierte bald auch in der Bevölkerung, die überwiegend verständnislos auf das Attentat reagierte, das von dem Führer der Deutschen Arbeitsfront Robert Ley vorgegebene Wort von den „blaublütigen Schweinen" im Militär, die man nun endlich ausrotten müsse. Und das wollte man gründlich erledigen: Der Reichsführer SS wollte dazu eine angeblich altgermanische Tugend wiederbeleben, die der sogenannten Sippenhaft: „Dieser Mann hat Verrat geübt, das Blut ist schlecht, da ist Verräterblut drin, das wird ausgerottet", so hätten es die Vorfahren gemacht, erklärte er am 3. August 1944 vor den versammelten Gauleitern. „Und bei der Blutrache wurde ausgerottet bis zum letzten Glied in der ganzen Sippe. Die Familie Graf Stauffenberg wird ausgelöscht werden bis ins letzte Glied."[6] Deshalb wurden die Kinder der Verschwörer aus den Familien genommen und die Angehörigen verhaftet. Nach einer Irrfahrt von einem Konzentrationslager zum anderen wurde der größte Teil von ihnen in Tirol von amerikanischen Truppen befreit.

Himmler hatte auch allen Grund, sich einmal mehr besonders radikal zu geben, schließlich war der 20. Juli auch ein Beweis dafür, dass seine angeblich hocheffektive Geheimpolizei ebenso kläglich versagt hatte wie Goebbels Propagandamaschine. Deshalb und weil die Ermittlungen hervorgebracht hatten, dass doch noch eine Vielzahl ehemaliger politischer Funktionsträger der Weimarer Republik aktiv waren, reaktivierte er längst schon angelegte Überwachungskarteien und begann damit eine umfassende Säuberungsaktion unter allen ehemaligen noch lebenden politischen Gegnern durchzuführen, die als Aktion „Gitter" oder „Gewitter" bekannt geworden ist – die variierenden Bezeichnungen erklären sich aus einem Schreibfehler in einem Telegramm. So kamen auch noch etwa 5.000, zum Teil hochbetagte Reichs-, Landes- und Kommunalpolitiker in die Fänge der Gestapo und wurden in Konzentrationslager verschleppt. Man kann sie, obwohl sie zum Großteil gar nicht eingeweiht gewesen waren in die Attentatspläne, als weitere Opfer im Gefolge des nationalsozialistischen Rachefeldzuges nach dem 20. Juli 1944 ansehen. In diesem Zusammenhang wurde auch der spätere Bundeskanzler Konrad Adenauer verhaftet, der spätere Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, entging einer Gefangennahme nur, weil er nicht zu Hause war und sich dann gewarnt versteckte. So viel Glück hatte der ehemalige Vorsitzende der hessischen Zentrumspartei, der Mainzer Anwalt Dr. Fritz Bockius, nicht. Auch er wurde verhaftet, misshandelt und starb nach qualvollen Aufenthalten in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Mauthausen am 5. März 1945 im KZ.

Oberflächlich betrachtet endete so der 20. Juli im Scheitern, in der Verhaftung der wagemutigen Verschwörer. Aber das ist tatsächlich nur eine oberflächliche Betrachtung: Ihr Mut, ihr Zeugnis für ein anderes, nichtnationalsozialistisches Deutschland bedeutete viel, als man daran ging, ein neues Deutschland aufzubauen. Und ihr Beispiel mahnt bis heute. Noch einmal der Schriftsteller Reinhold Schneider in seiner Gedenkrede 1947: Die von den Widerständlern gelebte Rückkehr zu den humanen Werten

unter Lebensgefahr, sie sei nicht nur der eigentliche Kern des Widerstandes in der NS-Zeit, sondern zugleich auch ein Auftrag für die Überlebenden. „Das Böse ist immer ganz nahe; heute und morgen kann es wieder hervorbrechen in einer überraschenden, noch nicht zu bezeichnenden Gestalt". Deswegen müsse man sich „verbünden", um der Wahrheit und des Rechts willen. Man dürfe eben nie die Fähigkeit verlieren, sich „empören" zu können gegen die Verletzung der Würde des Menschen. Das Recht, das höchste Gut, so Schneider weiter, müsse erhalten werden, damit nie wieder die Gewissen der Menschen vergewaltigt würden.[7]

1 Hoffmann, Peter, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder, 2. Aufl. Stuttgart 1992, S. 268.
2 Bonhoeffer, Dietrich, Rechenschaft an der Wende zum Jahr 1943: Nach zehn Jahren, in: Dietrich Bonhoeffer. Widerstand und Ergebung. Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, 17. Aufl. Gütersloh 2002, S. 9–26, hier S. 25.
3 Schneider, Reinhold, Gedenkwort zum 20. Juli, Abdruck in: Wesen und Widerstand. Forum zur christlichen Literatur im 20. Jahrhundert, hrsg. i. A. der Reinhold-Frank-Gesellschaft v. C. P. Thiede/K.-J. Kuschel u. a., Paderborn u. a. 1997, S. 197–209, hier S. 201.
4 Ulrich, Axel, Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich" im Rhein-Mainz-Gebiet, Wiesbaden 2005, bes. S. 195ff.
5 S. Lill, Rudolf, 20. Juli 1944 in Baden und Württemberg, Konstanz 1994.
6 Zit. nach Salzig, Johannes, „Sippenhaft" als Repressionsmaßnahme des nationalsozialistischen Regimes im Umfeld des 20. Juli 1944, in: Der Umgang des Dritten Reiches mit den Feinden des Regimes, hrsg. v. M. Becker, Ch. Studt, Berlin 2010, S. 165-183, hier S. 173f.
7 Schneider, Gedenkwort (wie Anm. 3), S. 208.

KURZBIOGRAFIE

LUDWIG SCHWAMB (1890–1945) AUS UNDENHEIM UND DER 20. JULI 1944 – MILITÄRISCHES ATTENTAT UND ZIVILER WIDERSTAND GEGEN HITLER

Sarah Ertel

„Nichtstun ist furchtbar, wenn alles drängt!" Dieses Zitat Ludwig Schwambs beschreibt überaus treffend die Bedrängnis, in welcher sich viele Widerstandskämpfer im nationalsozialistischen Staat befanden. Weil der Rheinhesse Ludwig Schwamb es nicht beim „Nichtstun" belassen konnte, engagierte er sich aktiv innerhalb der zivilen Widerstandsstrukturen des 20. Juli.

Ludwig Schwamb[1] wurde am 30. Juli 1890 im rheinhessischen Undenheim als Sohn des Landwirts Georg Schwamb und dessen Frau Maria geboren. Im August 1914 beendete er sein Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten in Gießen und

Berlin mit der ersten Staatsprüfung und meldete sich freiwillig zum Kriegsdienst. Dieses prägende Kriegserlebnis führte zur Überzeugung Schwambs, dass staatliches Handeln den Bedürfnissen des Volkes gerecht werden müsse. Nach dem Ende des Krieges wurde Schwamb 1921 Mitglied der Mainzer SPD und heiratete am 9. Mai 1923 die Krankenschwester Elisabeth Fritz in Wiesbaden.[2] Aus dieser Ehe gingen keine Kinder hervor.

Im Laufe der Zeit wurde Schwamb als fähiger Politiker geschätzt und sogar eine Kandidatur als Landtagsabgeordneter für ihn vorgesehen, wovon er zu gegebenem Zeitpunkt jedoch selbst absah. Ferner setzte er sich persönlich durch seine engagierte politische Tätigkeit und seine Angehörigkeit im „Reichsbanner" und in der „Eisernen Front" für die Weimarer Demokratie ein. Auch beruflich trat er für das Gelingen der Weimarer Demokratie ein. Nach nur kurzer Zeit als Rechtsanwalt in Mainz wechselte der Jurist 1922 zum Finanzamt Alzey und wurde dort im Mai 1924 zum Regierungsassessor ernannt. Bereits im Dezember desselben Jahres erhielt er die Beförderung zum Regierungsrat im Finanzamt Oppenheim, wo er im Januar 1926 zum ständigen Vertreter des Direktors aufstieg. Im März 1928 wurde der Sozialdemokrat auf eigenen Antrag aus dem Reichsdienst entlassen, um nach seiner Empfehlung durch den frisch gewählten hessischen Staatspräsidenten Bernhard Adelung in das hessische Innenministerium überzuwechseln. Dort fungierte er als persönlicher Referent des Innenministers und späteren Widerstandskämpfers Wilhelm Leuschner. Noch im selben Jahr folgte der Aufstieg zum Oberregierungsrat und Mitglied des hessischen Verwaltungsgerichtshofs. Im März 1929 wurde der geschätzte Jurist Ministerialrat und im Dezember darauf Staatsrat. Schwambs Arbeit zeichnete sich vor allem durch die Ausarbeitung der hessischen Gemeindeordnung und des Zweckverbandsgesetzes aus.[3]

Nicht zuletzt aufgrund der erfolgreichen politischen Karriere stellte die nationalsozialistische Machtübernahme eine Zäsur im Leben Schwambs dar. Ab diesem Zeitpunkt musste der bekennende Sozialdemokrat zahlreiche Repressionen hinnehmen, unter anderem seine Entlassung am 12. Juni 1933 nach Erlass des Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", mit dem die Nationalsozialisten Staatsgegner und Nichtarier von der Beamtenlaufbahn ausschließen wollten. Außerdem wurde er knapp einen Monat lang unter Polizeiaufsicht gestellt und musste sich zweimal täglich im zuständigen Polizeibezirk melden. Unter Androhung von Schutzhaft wurde ihm jegliche sozialdemokratische Parteitätigkeit untersagt.

Auf der Suche nach einer neuen Arbeit musste der fähige Jurist erkennen, dass seine politische Gegnerschaft zum Nationalsozialismus eine erneute Beschäftigung als Rechtsanwalt unmöglich machte. Verständlicherweise wollte sich kein Klient von einem Anwalt vertreten lassen, dem das Regime nicht wohl gesinnt war.[4] Im Juli 1934 nahm er schließlich eine Stelle als Syndikus in einer Schuhfabrik in Berlin an. Aufgrund von schweren Schäden an den Firmengebäuden des Arbeitgebers durch die Luftangriffe im Jahre 1943 wurde der Firmensitz im September 1943 von Berlin nach Frankfurt verlegt und zog einen Umzug der Schwambs in ebendiese Stadt nach sich.

Dort kam es drei Tage nach dem missglückten Attentat des 20. Juli 1944 zur ohne Haftbefehl veranlassten Festnahme des Ehepaares Schwamb.[5] Während seine Frau wenige Tage später wieder freikam, verbrachte Ludwig Schwamb Monate in Haft. An die Haftzeit in Berlin schloss sich sein von dem als „Blutrichter" bekannten Roland Freisler geführter Prozess vor dem Volksgerichtshof an. Dieser fand seinen traurigen Höhepunkt am 13. Januar 1945 in der Verkündung des Todesurteils und dessen Vollstreckung in Berlin Plötzensee zehn Tage später. Der Leichnam Ludwig Schwambs wurde in einem Massengrab beigesetzt und die Veröffentlichung einer Todesanzeige untersagt.[6]

Etwa vier Jahre später, am 30. Mai 1949, wurde das Urteil des Volksgerichtshofs gegen Ludwig Schwamb auf Antrag seiner Witwe Elisabeth durch das Landgericht Mainz aufgehoben.[7]

Doch wie wirkte Schwamb im Widerstand? Die Haltung Schwambs dem Nationalsozialismus gegenüber bewegte sich zunächst auf einer Ebene der politischen Toleranz, wie er 1925 selbst mit den Worten „ich ehre vielmehr jede politische Überzeugung"[8] bekundete. Diese Toleranz hielt ihn jedoch nicht davon ab, schon in diesem Jahr auf die vom Nationalsozialismus ausgehende Bedrohung aufmerksam zu machen. Er schrieb in seiner Austrittserklärung aus den Landsmannschaften „Darmstadtia" und „Spandovia", dass „solche geistige Einstellung notwendigerweise mit Unduldsamkeit allen denjenigen Volksgenossen gegenüber verbunden sein muss, die abweichender Meinung sind." Unverblümt tat er seine Meinung kund, dass er die nationalsozialistische „Überzeugung […] und ihre praktischen Auswirkungen geradezu für unserem Lande gefährlich halte".[9] Dieser frühzeitigen Warnung muss viel Bedeutung beigemessen werden. Hieran wird deutlich, dass Schwamb die Wirkungskraft des Nationalsozialismus erkannte und nicht unterschätzte. Seine anfängliche Ablehnung dem Nationalsozialismus gegenüber schlug im Laufe der Zeit in eine totale und bis zum Kampf gegen das NS-Regime sich steigernde Gegnerschaft um, obwohl die SPD von offizieller Seite aus, mit Ausnahme der „Sopade" genannten Auslandsvertretung, einen strikten Legalitätskurs verfolgte und obwohl Schwamb den Druck des Herrschaftsapparates durch die bereits genannten Repressionen zu spüren bekam.

Die genaue Rekonstruktion seiner illegalen Tätigkeit ab 1933 erweist sich als schwierig, da von den Widerständlern aus Sicherheitsgründen keine schriftlichen Zeugnisse hinterlassen wurden und Ludwig Schwamb kein umfassendes Geständnis ablegte. Auch die zuständige „Sonderkommission 20. Juli" konnte seine Tätigkeit nicht aufdecken. Bei den von Folter begleiteten Vernehmungen gab Schwamb lediglich an, dass er von Leuschner über eventuelle Putschpläne informiert worden sei. Verurteilt wurde Schwamb letztendlich wegen „verbrecherischer Unterlassung der Meldepflicht". Aus Zeitzeugenberichten lässt sich jedoch ableiten, dass Schwamb nicht nur ein einfacher passiver Mitwisser war. Im Gegenteil, im Rahmen der zivilen Komponente des 20. Juli wurde er sogar zu einer der treibenden und führenden Persönlichkeiten auf der Seite der Sozialdemokraten und kann als rechte Hand Wilhelm Leuschners bezeichnet werden.

Laut dem Parteisekretär Alfred Freitag war Ludwig Schwamb als Kurier für illegales Propagandamaterial tätig.[10] So unterstützte er den Austausch von Informationen über die innen- und außenpolitische Lage des Reiches. Außerdem hielt Schwamb auch nach dem Verbot der SPD den Kontakt zu seinen Parteifreunden aufrecht. Doch bedingt durch politische Inhaftierungen wurden die freundschaftlichen Verbindungen zeitweise getrennt. Die Freilassung Leuschners im Juni 1934 und dessen Niederlassung in Berlin ermöglichte, in Kombination mit der beruflichen Tätigkeit Schwambs in der Hauptstadt ab Juli 1934, erneut den engeren Kontakt Schwambs mit seinem Freund und einstigen Vorgesetzten.

Leuschner hatte sich durch seine Inhaftierung nicht entmutigen lassen und begann bald mit dem Aufbau eines Widerstandszirkels. Dabei stellte Ludwig Schwamb seine Berliner Wohnung als

Das Ehepaar Ludwig und Elisabeth Schwamb

Ludwig Schwamb und Jakob Steffan mit Familien

illegalen Treffpunkt, aber auch als Unterschlupf für politisch Verfolgte zur Verfügung. Gerhard Beier bezeichnet die Berliner Wohnung Schwambs sogar als „Scharnierstelle zwischen der Illegalen [sic] Reichsleitung der Gewerkschaften und dem konservativen Widerstand."[11]

In diesen Räumlichkeiten kam es im Jahr 1938 auch zu einer gemeinsamen Zusammenkunft Schwambs und Leuschners mit dem im Jahr zuvor aus dem Konzentrationslager entlassenen Parteifreund Julius Leber und dem frisch entlassenen Carlo Mierendorff. Um die zahlreichen politischen Aktivitäten zu verschleiern, wurden die persönlichen Kontakte untereinander überwiegend von den eingeweihten Frauen der Verschwörer gepflegt und die Treffen als rein private Freizeitveranstaltungen, wie beispielsweise Wanderungen, getarnt. Diese Fassade zu wahren fiel den ohnehin herzlich befreundeten Familien Leber, Leuschner, Mierendorff und Schwamb nicht schwer. Ebenfalls der Tarnung wegen wurden die Termine der Geschäftsreisen von Schwamb und Leuschner, Besitzer eines Fabrikationsbetriebs für Aluminiumprodukte, aufeinander abgestimmt.[12]

Der engagierte Jurist nahm indes auch außerhalb des sozialistischen Kerns weiter Kontakt zu vielen anderen Oppositionellen auf. Er zählte beispielsweise zum weiteren Umfeld des überparteilichen „Kreisauer Kreises", welcher sich seit 1940/41 überwiegend mit Plänen zur politisch-gesellschaftlichen Neuordnung nach dem angenommenen Zusammenbruch des Hitler-Regimes auseinandersetzte und somit geistige Vorarbeit leistete. Außerdem pflegte Schwamb in zahlreichen deutschen Städten konspirative Kontakte wie zum Beispiel nach Hamburg zu Gustav Dahrendorf und Theodor Haubach und vor allem auch ins Rhein-Main-Gebiet, wo er noch aus seiner beruflichen und politischen Zeit etliche Gesinnungsfreunde kannte. Hier sind Verbindungen beispielsweise zu Ludwig Bergsträsser, Ludwig Metzger und auch mit Emil Henk belegt.[13] Die nach dem Krieg angefertigten Ausführungen des Heidelberger Widerstandskämpfers Emil Henk liefern zusätzlich eindeutige Hinweise auf Schwambs Tätigkeit. Hier wird er als Leiter der Verschwörung des als Wehrkreis XII Wiesbaden bezeichneten Gebietes zwischen Kassel und Heidelberg genannt. Als solcher koordinierte Schwamb das dortige Vertrauensleute-

Netz und warb intensiv neue Mitverschwörer an, so zum Beispiel nachweislich Willi Richter und Jakob Steffan.[14]

Im Rahmen von Zeitzeugeninterviews schilderte auch Jakob Steffan, wie er von Schwamb aufgesucht worden sei und dieser ihn gefragt habe, ob er gewillt sei, an einer „illegalen Organisation teilzunehmen". Daraufhin habe Steffan in dem im Wehrkreis XII befindlichen Bereich südlich der Mainlinie, also von Frankfurt bis Heidelberg, „Stützpunkte" organisiert und Mitarbeiter geworben. Durch diese Widerstandstätigkeit habe er in ständigem Kontakt zu Ludwig Schwamb gestanden, welcher als Verbindungsmann zwischen ihm und Leuschner fungiert habe. Es war auch Schwamb, der Steffan die Weisung erteilt habe, seine Arbeit abzuschließen und auf das Signal am Tage X zu warten.[15]

Zusätzlich war Schwamb für die Übernahme politischer Verantwortung an vorderster Front bereit, nämlich als „Politischer Beauftragter". Den „Politischen Beauftragten" kam eine ganz entscheidende Rolle zu, sowohl für den Tag des Umsturzes als auch für die Zeit danach. Sie hätten die im Untergrund bereitstehenden zivilen Widerstandskämpfer mobilisieren und deren Einsatz mit dem des militärischen Arms abstimmen sollen. Unmittelbar nach der Umsturzphase wäre den „Politischen Beauftragten" die Aufgabe als Verwaltungschef der jeweiligen Bezirke zugekommen. Als solche wären sie für alle politischen Fragen zuständig gewesen, welche sich durch den militärischen Ausnahmezustand ergeben hätten. Des Weiteren wurde Schwamb sogar, neben Gustav Noske, für die Zeit nach dem Umsturz als Chef einer zukünftigen Regierung im damaligen Hessen-Nassau in Betracht gezogen.[16]

Obwohl der Rheinhesse höchstwahrscheinlich von dem frühen Zeitpunkt des Attentats überrascht wurde und am Tag des 20. Juli nicht aktiv hervortrat, geriet er durch den Fund eines Fernschreibens von Generaloberst Hoepner an den Wehrkreis XII Wiesbaden, welches ihn als vorgesehenen „Politischen Beauftragten" offenbarte, schnell ins Visier der Ermittler.[17] Das gescheiterte Attentat beendete somit die illegale Widerstandstätigkeit Schwambs und stellte den Anfang seines persönlichen Leidensweges dar. Es muss aber betont werden, dass Schwamb im Laufe seiner Haftzeit unbeirrt blieb und nicht an der Ausweglosigkeit der Situation zerbrach. Im Gegenteil, selbst unter Folter legte er nur ein relativ informationsarmes Teilgeständnis ab, in dem er nur sich oder bereits getötete Mitverschwörer belastete. Auf diese Weise schützte er etliche Mitverschwörer vor den Verfolgern und schaffte es so, selbst bis zu seinem Tode dem Nationalsozialismus entgegenzuarbeiten.

Zusammenfassend kann Ludwig Schwamb also, auch wenn er in der heutigen Forschung bislang nur einen relativ geringen Bekanntheitsgrad erreicht hat, mit zur ersten Riege der zivilen Widerstandskämpfer des 20. Juli gezählt werden. Dieses mutige Aufbegehren gegen das NS-Regime unter dem Einsatz des eigenen Lebens gemäß seinen Worten „Nichtstun ist furchtbar, wenn alles drängt" muss auch heute noch Würdigung erfahren.

---

1 Vgl. Stadtarchiv Mainz, Nachlass 106: Schwamb, Ludwig und Elisabeth (zitiert als StA Mainz, NL 106); Stein, Christina: „Weil zu wenig Liebe auf der Welt ist, darum ist es so dunkel geworden". Ludwig Schwamb. Ein rheinhessischer Widerstandskämpfer gegen die nationalsozialistische Diktatur. Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten 2008/09; „Helden verehrt – verkannt – vergessen" Wettbewerbsbeitrag von Christina Stein, MSS 12 Rabanus-Maurus-Gymnasium Mainz, 2009; Bratu, Arthur E.: Ludwig Schwamb. In: Darmstadt und der 20. Juli 1944. Hrsg. v. Karl Otmar von Aretin. Darmstadt 1974, S. 82–89 (Darmstädter Schriften, Bd. 35); Keim, Anton Maria: Ludwig Schwamb und die Widerstandsbewegung gegen Hitler im Rhein-Main-Gebiet. In: „Eine nationalsozialistische Revolution ist eine gründliche Angelegenheit". Hrsg. v. Hans-Georg Meyer. Mainz 2000, S. 400–406 (Die Zeit des Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz, Bd. 1); Beier, Gerhard: Wilhelm Leuschner und das Verbindungsnetz sozialistischer Vertrauensleute in Hessen. In: Verfolgung und Widerstand in Hessen 1933-1945. Hrsg. v. Renate Knigge-Tesche. Frankfurt/M. 1996, S. 565–592 (zitiert als G. Beier, Wilhelm); Ulrich, Axel: Ludwig Schwamb, Jakob Steffan und andere südwestdeutsche Mitstreiter Wilhelm Leuschners im antinazistischen Widerstand. In: Nierseiner Geschichtsblätter (2006), H. 12, S. 21–50 (zitiert als A. Ulrich, Schwamb); Ulrich, Axel: Ludwig Schwamb und Jakob Steffan. Mitstreiter Wilhelm Leuschners im Widerstand. In: Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz (2007), H. 34. Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus 2007. Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz, S. 95–123 (zitiert als A. Ulrich, Mitstreiter).

2 Vgl. StA Mainz, NL 106/4, Heiratsbescheinigung im Familienstammbuch von Ludwig Schwamb, S. 2.

3 Leuschner lobte Schwamb in einem persönlichen Schreiben: „Die Arbeit, die Sie geleistet haben, ehrt Sie zu gleicher Zeit selbst und wird für Sie stets ein Markstein in Ihrer weiteren Tätigkeit sein." StA Mainz, NL 106/74, Schreiben von Wilhelm Leuschner vom 11. 7. 1931.
4 Axel Ulrich führt trefflich dazu aus: „Wer wollte sich schon anwaltlich vertreten lassen von einem, den die Nazis selbst im Visier hatten." A. Ulrich, Schwamb, S. 26.
5 Der Haftbefehl gegen Ludwig Schwamb wurde erst am 7. November 1944 erlassen. Vgl. StA Mainz, NL 106/70, Haftbefehl gegen Ludwig Schwamb durch den Volksgerichtshof.
6 Im Februar 1962 ließ Elisabeth Schwamb eine nachträgliche Todesanzeige drucken. Vgl. StA Mainz, NL 106/51, Todesanzeige Schwambs im Darmstädter Echo. Heute erinnert ein Gedenkstein am Familiengrab in Undenheim an Ludwig Schwamb.
7 Vgl. StA Mainz, NL 106/52, Beschluss des Landgerichts Mainz.
8 Vgl. StA Mainz, NL 106/96, Austrittserklärung Ludwig Schwambs vom 25.8.1925 an den Convent der Landsmannschaft „Darmstadtia", Bl. 2.
9 StA Mainz, NL 106/96, Austrittserklärung Ludwig Schwambs vom 25.8.1925 an den Convent der Landsmannschaft „Darmstadtia", Bl. 2.
10 Alfred Freitag bezeichnete Schwamb als „Kurier im Reich". Vgl. StA Mainz, NL 106/16, Aufzeichnungen Alfred Freitags: „Der Sozialist Ludwig Schwamb", Bl. 3. Leider lassen sich neben dieser Aussage Alfred Freitags keine weiteren Hinweise auf diese Tätigkeit oder auf den Zeitraum dieser Tätigkeit finden.
11 G. Beier, Wilhelm, S. 572.
12 Vgl. Ulrich, Axel: Der „20. Juli 1944" und seine Verbindungen nach Wiesbaden. In: Wiesbaden und der 20. Juli 1944. Hrsg. v. Peter Joachim Riedle. Wiesbaden 1996 S. 11–61 (Schriften des Stadtarchivs Wiesbaden, Bd. 5) (zitiert als A. Ulrich, Wiesbaden).
13 Vgl. A. Ulrich, Wiesbaden; A. Ulrich, Schwamb.
14 Henk, Emil: Die Tragödie des 20. Juli 1944. Ein Beitrag zur politischen Vorgeschichte. Heidelberg, 2. Aufl., 1946.
15 Keim, Anton Maria: „Das Stichwort kam nicht…". Zu den Ereignissen des 20. Juli 1944 im Rhein-Main-Raum. In: Mainz. Vierteljahreshefte für Kultur, Politik, Wirtschaft, Geschichte 14 (1994), H. 3, S. 101f. Der „Tag X" stand für den Sturz Hitlers.
16 Vgl. Ulrich, Axel: Politischer Widerstand gegen das „Dritte Reich" im Rhein-Main-Gebiet. Wiesbaden 2005, S. 208; G. Beier, Wilhelm, S. 574.
17 Es handelt sich bei dem Fernschreiben um den Befehl zur Heranziehung des „Politischen Beauftragten" (Ludwig Schwamb), des „Unterbeauftragten" (Bartholomäus Koßmann) sowie des „Verbindungsoffiziers" (Hauptmann Hermann Kaiser). In der Hast wurde Kaiser allerdings fälschlich als für den Wehrkreis XIII zuständig benannt. Kopie des Fernschreibens siehe: G. Beier, Wilhelm, S. 573.

KURZBIOGRAFIE

JAKOB STEFFAN (1888–1957) AUS OPPENHEIM

Sina Schiffel

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

anlässlich des ersten Jahrestages der Ermordung Ludwig Schwambs veröffentlichte Jakob Steffan 1946 einen Presseartikel, in dem er die Widerstandstätigkeit seines Freundes und Verwandten würdigte. „Vom gleichen Geist beseelt und zum Äußersten entschlossen" – so schreibt er darin – hätte er gemeinsam mit der Widerstandsgruppe um Wilhelm Leuschner den Weg suchen wollen, „auf dem das Hitler-System gestürzt werden könnte".

Die hier erkennbare Grundeinstellung Steffans spiegelt sich in seinem gesamten politischen Tun wider.

In meinem Vortrag möchte ich seine Beteiligung an den zivilen Widerstandsstrukturen des 20. Juli 1944 dementsprechend einbetten. Ich werde Ihnen zunächst einen kleinen Überblick über Steffans Vita bis 1933 geben. Anschließend werde ich auf sein Verfolgungsschicksal und seine Widerstandstätigkeit während des Dritten Reichs eingehen. Abschließend werde ich die Zeit nach 1945 kurz beleuchten.

Vita bis 1933

Jakob Steffan wurde am 31. Dezember 1888 in Oppenheim als sechstes und letztes Kind des gleichnamigen Tagelöhners und dessen Ehefrau geboren. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte er eine kaufmännische Lehre. Anschließend war er zunächst in einem Rechtsanwaltsbüro tätig und arbeitete dann als Angestellter in einem chemischen Werk in Nieder-Walluf.

Am Ersten Weltkrieg nahm er als Gefreiter teil und wurde unter anderem mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen für Tapferkeit ausgezeichnet. Nach 1918 war Steffan zuerst als kaufmännischer Angestellter, dann als Prokurist und ab 1928 als Teilhaber einer Weinbrennerei in Oppenheim beschäftigt. Im April 1928 heiratete er in Darmstadt die Nichte des mit ihm seit 1919 befreundeten Ludwig Schwamb, Marie Eleonore Leist. Aus dieser Ehe ist ein Sohn, Lothar Steffan, hervorgegangen.

1912 trat Jakob Steffan in die SPD ein. In der Folge war er Mitglied und Beigeordneter des Stadtrats von Oppenheim. Er wirkte ebenfalls als Mitglied des Kreistages, des Provinziallandtages und des Provinzialausschusses der Provinz Rheinhessen. Außerdem war er von Juli bis November 1932 Reichstagsabgeordneter. Von 1927 bis 1933 war er darüber hinaus Landtagsabgeordneter des Volksstaates Hessen.

In letztgenannter Funktion kam es bereits früh zu Auseinandersetzungen mit den NSDAP-Abgeordneten im hessischen Landtag. Hier kritisierte Steffan öffentlich die Politik der Nationalsozialisten. Auch in Oppenheim und Umgebung zeugen einige Vorfälle von seinem mutigen Eintreten gegen den Nationalsozialismus. Hier kam es unter anderem zu Straßenkämpfen und Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und dem Reichsbanner, eine von der SPD dominierte Organisation zum Schutz der Republik, in der sich auch Steffan engagierte. Hinzu kamen Auseinandersetzungen mit der regionalen, nationalsozialistisch ausgerichteten Presse, die eine regelrechte Hetzkampagne gegen den Sozialdemokraten führte. Gleichwohl hat er sich nicht einschüchtern lassen, sondern die Demokratie konsequent verteidigt.

Verfolgungsschicksal

Seine Warnungen vor dem Nationalsozialismus sollten sich schließlich bewahrheiten. Steffan war durch seine öffentliche Kritik in das Visier seiner politischen Gegner geraten. Für sein vehementes und sehr mutiges Eintreten musste er ab 1933 eine jahrelange Verfolgung erleiden.

Bereits Ende März 1933 wurde er zu Unrecht wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten und Veruntreuung in seiner Funktion als

Vorsitzender des Vorstandes der AOK Oppenheim im Polizeigefängnis in Frankfurt am Main in „Schutzhaft" genommen.

Anfang April 1933 wurde Steffan dann in das Landgerichtsgefängnis Darmstadt überführt. Seine Zulassung als selbständiger Betriebsinhaber einer Spirituosenhandlung wurde beim Hauptzollamt Mainz gelöscht, der Warenvorrat beschlagnahmt. Sein Wohnhaus in Oppenheim wurde geräumt, seine Möbel und Wertgegenstände zwangsausgelagert und später versteigert. Auf Weisung der SA musste seine Ehefrau gemeinsam mit ihrem Sohn Oppenheim verlassen. Sie fanden Zuflucht bei ihrer Mutter. Diese kümmerte sich von nun an gemeinsam mit ihrem Bruder Ludwig Schwamb um die Erziehung des Enkels. Nach der Entlassung aus der „Schutzhaft" kam er in das Untersuchungsgefängnis nach Mainz. Er wurde schließlich im Dezember 1933 zu zweieinhalb Jahren Gefängnis wegen Untreue und Schädigung der AOK Oppenheim verurteilt.

Nachdem er diese Strafe in der Strafanstalt Butzbach verbüßt hatte, wurde Steffan ab Januar 1936 als politischer Häftling im Konzentrationslager Dachau weiter inhaftiert. Dort musste er schwere Demütigungen und Misshandlungen über sich ergehen lassen. So wurde er 1938 mit 47 Tagen Dunkelhaft bestraft und im Keller angekettet, da er sich weigerte, bei einer offenen Wahl für Hitler und die NSDAP zu stimmen. Des Weiteren erlitt er eine durch Prügel verursachte Schädelverletzung, die eine stark beeinträchtige Sehfähigkeit zur Folge hatte.

Im April 1940 wurde Jakob Steffan probeweise entlassen. Er kehrte zu seiner Mutter nach Oppenheim zurück, musste jedoch auf Weisung der NSDAP die Stadt wieder zu verlassen. Daraufhin zog er nach Mainz. Auch seine familiären Verhältnisse waren durch seine Verfolgung nachhaltig beeinflusst worden. 1938 hatte sich seine Frau von ihm scheiden lassen, ein Vormundschaftsgericht hatte Steffan aus „politischen Gründen" die Erziehungsberechtigung für seinen Sohn entzogen.

Gestapo-Akte über Jakob Steffan, 1939

Im Juli 1940 wurde der Haftbefehl endgültig aufgehoben. Steffan wurde schließlich pro forma in einem kleinen pharmazeutischen Betrieb des gleichfalls in Widerstandsstrukturen eingebundenen Professor Franz Como in Bensheim beschäftigt.

Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager war Steffan sofort unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Er musste sich regelmäßig in der Mainzer Zentrale der Geheimen Staatspolizei melden. Dort lernte er den Kriminaloberassistenten Anton Huf und den Kriminalsekretär Peter Eisenhauer kennen, die Steffan mit Informationen zu geplanten Verhaftungen verfolgter Personen unterstützen. Dadurch gelang es ihm, mehrere Betroffene vor der Festnahme zu bewahren. Hierzu gehörten beispielsweise der Mainzer Bischof Albert Stohr sowie die Jüdinnen Bertel und Erika Huhn aus Guntersblum.

20. Juli 1944

Trotz Polizeiaufsicht und absolutem politischen Betätigungsverbot beteiligte sich Jakob Steffan an den zivilen Widerstandsstrukturen des „20. Juli 1944". Diese Widerstandstätigkeit ist umso bedeutender, wenn man bedenkt, dass er nach jahrelanger Inhaftierung aus politischen Gründen sein antinazistisches Engagement recht bald wieder aufgenommen hat, und zwar im vollen Bewusstsein dessen, bei erneuter Festnahme mit einer noch höheren Strafe, wenn nicht sogar mit der Todesstrafe, rechnen zu müssen.

Am zweiten Jahrestag des „20. Juli" berichtete Steffan in einem Zeitungsartikel, dass eine „unversöhnliche Opposition gegen Hitler" von Anfang an bestanden habe. Zuerst seien es insbesondere Männer aus politischen Parteien gewesen wie etwa Carlo Mierendorff, Julius Leber, Theodor Haubach oder Carl Goerdeler. Ihnen sei es gelungen, Mitkämpfer aus Adel, Industrie, Wirtschaft und Gewerkschaften für den Widerstand zu gewinnen. Später erst hätten sich auch Männer aus dem Militär zu ihnen gesellt. Deshalb sei das Attentat vom 20. Juli 1944 keineswegs die Tat eines Einzelnen gewesen.

Steffan selbst war kurz nach seiner Entlassung aus dem KZ von Ludwig Schwamb gefragt worden, ob er bereit sei, an einer „illegalen Organisation" teilzunehmen. Er habe seitdem das Gebiet südlich der Mainlinie, also den Bereich Frankfurt bis Heidelberg, zu bearbeiten gehabt. Allein in dem ihm zugeordneten Gebiet sollen sich circa 1.000 Vertrauensleute zur Verfügung gehalten haben, hinter denen sich eine noch größere Zahl an Anhängern befunden haben soll. Steffan organisierte in seinem Zuständigkeitsbereich so genannte „Stützpunkte". Mit der Stützpunktleitung in Frankfurt beauftragte er den Kriminalbeamten Christian Fries, der gemeinsam mit Steffan regelmäßig an geheimen Besprechungen in Frankfurt teilnahm. Den Stützpunkt in Mainz hat Steffan Alfred Freitag übergeben. Hier sowie auch in den anderen von Steffan organisierten Stützpunkten war unter anderem geplant gewesen, nach dem Attentat jeweils die dortige NSDAP-Führung festzunehmen, die Gestapo und den Sicherheitsdienst der SS auszuschalten und den Rundfunk zu besetzen.

Nachdem das Attentat auf Hitler fehlgeschlagen war, gelang es den NS-Fahndern lediglich, die Führungsgruppen der Verschwörung zu enttarnen. Im Zuge der Aktion „Gewitter" bzw. „Gitter" wurde Steffan erst im August 1944 ohne konkrete Verdachtsmomente festgenommen. Nach wenigen Stunden konnte er die Mainzer Gestapodienststelle jedoch bereits wieder verlassen. Zu seinem Schutz war er von den dortigen, mit ihm insgeheim kooperierenden Gestapo-Beamten zuvor schon als V-Mann erfasst worden. Aus einem Schreiben der Gestapo Mainz vom August 1944 geht hervor, dass Steffan sich erst kürzlich bereit erklärt hätte, als geheimer Mitarbeiter der Gestapo tätig zu sein. Er sei mit besonderen Aufträgen betraut worden. Da er jedoch erst seit kurzer Zeit angesetzt sei, sei es erklärlich, dass er bisher noch kein Material geliefert hätte. Diese Zeilen verdeutlichen, dass Steffan der Gestapo keinerlei Informationen über Regimegegner geliefert hat. Er war lediglich zur Tarnung als V-Mann registriert worden. Auch sein Wissen um die zivilen Widerstandsstrukturen des „20. Juli" hat er nicht preisgegeben.

Steffan tauchte bis zum Ende der NS-Diktatur bei der Mutter seines einstigen Mithäftlings im KZ Dachau, Adolf Diehl in Spiesheim, unter. Gleichwohl, so berichtete Steffan später, hätten die Widerstandsaktivisten nach dem missglückten Umsturzversuch nicht ihre Arbeit eingestellt. So habe er beispielsweise in Rheinhessen mit einem Hauptmann vereinbart, die dortigen Panzersperren beim Herannahen der Alliierten nicht zu schließen, um so die Zerstörung von Städten und Dörfern zu verhindern.

Nach 1945

Nach dem Einzug der alliierten Besatzungstruppen stellte sich Steffan trotz gesundheitlicher Probleme sofort für den demokratischen Wiederaufbau zur Verfügung.

Im März 1945 ernannte ihn die amerikanische Besatzungsmacht zum Polizeipräsidenten für Rheinhessen mit Sitz in Mainz. Zwei Monate später wurde er zum Regierungspräsidenten für den Bezirk Rheinhessen bestimmt.

Darüber hinaus zählt Jakob Steffan zu den wesentlichen Mitbegründern der rheinhessischen SPD nach dem Zweiten Weltkrieg. Er war Mitglied der Beratenden Landesversammlung Rheinland-Pfalz, welche die Ausarbeitung einer Landesverfassung zur Aufgabe hatte. Von 1946 bis 1947 war er in der provisorischen Landesregierung als erster Innenminister von Rheinland-Pfalz tätig. Von 1947 bis 1949 diente er in gleicher Funktion dem ersten Kabinett von Ministerpräsident Peter Altmeier. Von 1949 bis 1950 wirkte Steffan als Sozialminister von Rheinland-Pfalz.

Widerstand im Widerstreit

Gleichwohl stand Steffan immer wieder im Mittelpunkt öffentlicher Auseinandersetzungen, in denen seine Rolle während der Zeit des Nationalsozialismus diskutiert wurde. Auf die für Steffan folgenreichste Kontroverse um seine Person möchte ich abschließend kurz eingehen.

1950 geriet Steffan in die Schlagzeilen, als zwei CDU-Abgeordnete angeblich belastendes Material aus seiner Vergangenheit gefunden hatten. Man warf ihm unter anderem vor, 1933 einen Versicherungsbetrug begangen zu haben und später ein Kontaktmann der Gestapo gewesen zu sein. Die öffentlichen Anklagen zwangen Steffan und seine Partei zum Handeln. Ein juristischer Untersuchungssausschuss, der mit Steffans Einverständnis einberufen worden war, konnte die Vorwürfe jedoch nicht entkräften. Steffan trat im September 1950 vor dem Ende der Legislaturperiode offiziell aus gesundheitlichen Gründen zurück.

Eine nähere Untersuchung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe beweist jedoch, dass diese unbegründet sind. Das 1933 wegen angeblichem Versicherungsbetrug gefällte Urteil war bereits 1945 von der Strafkammer des Landgerichts Mainz widerrufen worden. Ferner haben wir gesehen, dass Steffan 1944 in Folge des Attentats auf Hitler nur zu seinem Schutz als V-Mann registriert worden war. Auch im Zuge der Entnazifizierung nach dem Zweiten Weltkrieg war er von der Spruchkammer eindeutig als „nicht betroffen" entlastet worden. Weitere Unterlagen, wie beispielsweise die Ergebnisse des Untersuchungssausschusses von 1950, sind leider nicht mehr aufzufinden. Sie hätten die Vorwürfe und deren Wahrheitsgehalt womöglich noch genauer beleuchten können.

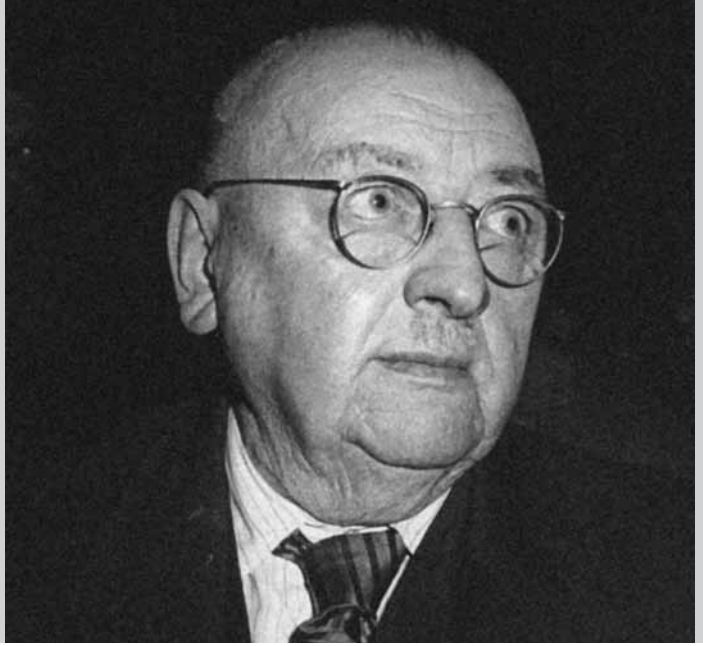
Louise Schroeder, Jakob Steffan und Peter Altmeier auf der Rittersturz-Konferenz, Koblenz, 1948

Jakob Steffan verstarb am 9. Februar 1957 in Mainz. Einige Tage später wurde er in seiner Heimatstadt Oppenheim beigesetzt.

Leben und politisches Wirken Steffans waren von seinem unerbittlichen Kampf für die Demokratie geprägt. Diesen Kampf führte er nicht nur im Rahmen seiner Widerstandstätigkeit um den „20. Juli 1944" sondern bereits vor 1933 und ebenso nach dem Zweiten Weltkrieg.

An seinem Beispiel lässt es sich demnach auf hervorragende Weise begreiflich machen, warum es lohnenswert ist, sich für die Demokratie einzusetzen. Der Mut und das selbstlose Engagement von Persönlichkeiten wie Jakob Steffan gehören zu den Grundlagen unseres heutigen Staatswesens. Es ist unsere Verpflichtung, seiner Aufopferungsbereitschaft zu gedenken und sein Leid unter den Nationalsozialisten als Mahnung für immer in Erinnerung zu behalten.

Jakob Steffan bei einer Gedenkfeier im Konzentrationslager Dachau, 1956



KURZBIOGRAFIE

ALFRED FREITAG (1880–1959) AUS MAINZ

Fabian Müller

„Ein Mensch, der eine Überzeugung hat, gleichwie sie auch sei, und der zugleich auch Charakter besitzt, muss auch bereit sein, für seine Ideale in einer Zeit einzustehen, die von einem anderen Geist bestimmt wird. Das trifft bei einem politischen Menschen in noch weit größerem Ausmaß zu. So muss auch die aufgekommene Nazibewegung angesehen werden als ein politisches Zwischenspiel im Zeitgeschehen. Wenn aber diese Hitlerepidemie solche Ausmaße annahm und die Verbrechen in astronomischen Zahlen aufgehen, dann gebietet die Einsicht erst recht, sich gegen ein solches Regime zu wenden und nicht weich zu werden. Die Art und die Durchführung des Widerstandes ergibt sich aus den Voraussetzungen und Möglichkeiten.

Was meine Kräfte in dieser Beziehung hergeben, ist geschehen, nicht alles kam an die große Glocke, aber ich habe für viele auch noch ein Beispiel gegeben und das mit Erfolg."[1]

Diese Begründung schrieb Alfred Freitag am 24. Juni 1949 in einem Brief an die Betreuungsstelle der „Opfer des Faschismus". Alfred Freitag wurde am 24. Februar 1880[2] als Sohn des Kaufmanns und Tuchmachers[3] Karl Christian Freitag und dessen Frau Marie Luise, geborene Eisenhut,[4] in Langensalza in Thüringen geboren. Der gelernte Holz- und Möbeltischler[5] trat 1897 der SPD und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund bei.

1906[6] heiratete er in Prath im heutigen Rhein-Lahn-Kreis Anna Eva Dommershausen.[7] Sein Sohn Friedrich, geboren 1907, konnte 1932 in Darmstadt ein Ingenieursstudium abschließen.[8] 1909 wurde seine Tochter Rosa geboren,[9] die später an der Frauenarbeitsschule Mainz eine Lehre als Schneiderin absolvierte.[10]

Von 1914 bis 1918 war Alfred Freitag im Ersten Weltkrieg eingesetzt.[11] Danach gehörte er ab 1921 dem Mainzer Stadtrat an und engagierte sich dort im Bauausschuss, dem Ausschuss für Wohlfahrtsfragen, dem Ausschuss für den Schlacht- und Viehhof sowie dem Ausschuss für die Eingemeindungen. Darüber hinaus war er unter anderem im Steuerausschuss des Mainzer Finanzamtes, als Beisitzer beim Amts- und Jugendgericht[12] sowie im Aufsichtsrat der Volkszeitung tätig.[13] Von 1920 bis 1933 gehörte der dem Vorstand der allgemeinen Ortskrankenkasse in Mainz an.[14] Daneben gründete er die örtliche Arbeiterwohlfahrt.[15] Seinen eigenen Angaben zufolge stellen diese Tätigkeiten nur eine Auswahl seines ehrenamtlichen und politischen Engagements dar.[16]

Sein Geld verdiente er zunächst als Schreiner und Lagerarbeiter in Mainz.[17] Ab dem 1. November 1920 war Freitag hauptamtlicher Parteisekretär der SPD in Mainz, zugleich Bezirksvorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Sowohl die SPD-Geschäftsstelle als auch die Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes

befanden sich im Anwesen Zanggasse 13 in Mainz. Die jeweiligen Büros waren durch eine Tür miteinander verbunden.

Zum 5. März 1933 wurde Alfred Freitag als Abgeordneter der SPD für die Stadt Mainz neu in den hessischen Landtag gewählt. Diese Karriere wurde jedoch durch das Verbot der Partei sowie die Verordnung zur Sicherung der Staatsführung abrupt beendet, bevor sie wirklich beginnen konnte.

Unmittelbar nach der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 begann er damit, die regionale Mitgliederkartei der SPD zu beseitigen, während im Büro des Holzarbeiterverbandes nebenan bereits Haussuchungen stattfanden. Bis zur Besetzung der SPD-Geschäftsstelle am 10. Mai 1933 war es ihm gelungen, alle brisanten Unterlagen, die zur Verhaftung von Mitgliedern hätten führen können, zur Seite zu schaffen. Den Nationalsozialisten fielen nur zerstörte Karteikarten ausgetretener bzw. verstorbener Parteimitglieder in die Hände, die im Keller gelagert waren. Einige Karten kürzlich ausgetretener Mitglieder ließ Freitag eigenen Angaben zufolge bewusst nicht verschwinden.

Trotz Anweisung weigerte sich Freitag in den Wochen danach mehrfach, die neuen Machtinhaber bei der Rekonstruktion von Mitgliedsdaten zu unterstützen. Daraufhin wurde er bei einem der Verhöre durch zahlreiche Männer von SA und Stahlhelm bedroht. Der couragierte Kriminalpolizist Weiss deeskalierte die Situation und verhinderte Schlimmeres. Kurze Zeit später legte man Freitag eine angebliche Mitgliederakte vor und wollte ihn dazu befragen. Er erkannte diese jedoch aufgrund des atypischen Schriftbildes schnell als Fälschung.

Ab dem 10. Mai 1933 stand Freitag unter ständiger Beobachtung und musste sich 18 Monate lang täglich auf dem Polizeirevier melden, zeitweise auch mehrmals am Tag. Ohne Erlaubnis war es ihm untersagt, Mainz zu verlassen.[18] Die Kriminalpolizei beschlagnahmte in seiner Wohnung das Barvermögen in Höhe von 79,20 Reichsmark.[19] Man trug ihm an, trotz seiner Vergangenheit als Sozialdemokrat und Gewerkschafter, der SA oder dem Stahlhelm beizutreten, was er entschieden ablehnte. Freitag erinnert sich an insgesamt 19 Befragungen, Verhaftungen oder Haussuchungen durch Kriminalpolizei und Gestapo während der NS-Zeit.[20]

Am 10. November 1933 wurde er wegen angeblicher Verdunkelungsgefahr[21] gemeinsam mit 21 „Sozialdemokraten, Kommunisten, Unpolitischen und Handwerksburschen" verhaftet und zunächst ins Mainzer Polizeigefängnis gebracht. Von dort wurde die Gruppe am Folgetag per Lastwagen ins Konzentrationslager Osthofen abtransportiert. Diese Fahrt fand unter den Augen der Öffentlichkeit statt. Augenzeugen der Fahrt beklatschten die Gefangennahme.

In Osthofen angekommen, musste er nach eigenen Angaben 14 Tage im verschärften Arrest verbringen, bevor er wieder freikam.[22] In anderen Quellen wird hingegen bereits der 20. November als Entlassungsdatum genannt.[23] Der Aufenthalt bestärkte ihn in seiner antifaschistischen Grundhaltung, parallel konnte er Kontakte zu anderen Häftlingen knüpfen, die bei seiner späteren Widerstandstätigkeit nützlich wurden.

Bei einer weiteren Vorladung wollte man ihn „einspannen in das Getriebe der Naziorganisation."[24] Man warf ihm vor, durch sein renitent abweisendes Verhalten (Verweigerung des Hitlergrußes, Verweigerung von Spenden usw.) die Ziele der Bewegung zu sabotieren. Freitag begründete sein Verhalten offen und ausführlich und bekräftigte trotz Drohungen, in Zukunft ähnlich handeln zu wollen. Eine ideologische Unterweisung durch den zuständigen Blockwart lehnte er ab. Durch die Besetzung und Auflösung seiner Arbeitsstelle arbeitslos geworden, musste er staatliche Unterstützung beantragen. Als Datum seiner Entlassung wurde der 10. Mai 1933 festgelegt.[25] Da die Arbeitslosenunterstützung zunächst abgelehnt wurde, war er gezwungen, die Leistungen einzuklagen, was ihm schließlich gelang.[26]

Zweieinhalb Jahre war er arbeitslos. Auch sein Sohn fand als Ingenieur keine Anstellung, sondern konnte nur sporadisch als Tagelöhner und Helfer bei einer Installationsfirma in Rüsselsheim arbeiten.[27] Zeitweise war die gesamte Familie ohne Job. Seinen Angaben zufolge wirkte der Name Freitag in der Frühphase der

NS-Zeit „wie ein rotes Tuch" auf mögliche Arbeitgeber.[28] Die Familie musste von 19,80 Reichsmark pro Woche leben.[29] Er war hierdurch unter anderem gezwungen, seine drei Lebensversicherungen unter Inkaufnahme von Verlusten in Höhe von rund 10.000 Reichsmark zu kündigen.[30] Obwohl zu dieser Zeit große Nachfrage nach Schreinern herrschte, er als tüchtiger Handwerker bekannt war und sich mehrere Kollegen für ihn einsetzten, wurde Alfred Freitag konsequent nicht in Lohn und Brot vermittelt und musste von Unterstützungsleistungen seinen Alltag meistern.

Im Oktober 1935 erklärte sich der Wein- und Lebensmittelgroßhändler Wilhelm Christ bereit, Freitag als Lagerarbeiter in seinem Betrieb in der Hafenstraße 23 zu beschäftigen. Obwohl Freitag zur sofortigen Übernahme der Stelle bereit war, weigerte sich der Stellenvermittler Heinrich Paulus im Mainzer Arbeitsamt zunächst, das Arbeitsverhältnis zu genehmigen und hatte vor, die Stelle anderweitig zu vergeben. Der zuständige NSDAP-Beauftragte Werum bestand darauf, die Stelle mit einem „alten Kämpfer" der NSDAP zu besetzen.

Erst durch eine massive Intervention Wilhelm Christs, der androhte, die Stellenausschreibung zurückzuziehen, wenn er Freitag nicht zugewiesen bekäme, und eine Beschwerde Freitags an die Leitung des Arbeitsamtes gelang es, eine „Aushilfesondergenehmigung" zu erwirken. Daraus entwickelte sich ein Arbeitsverhältnis, das über zehn Jahre andauern sollte. Während dieser Zeit stieg Alfred Freitag vom Lagerarbeiter zum Expedienten auf.[31]

Parallel dazu übte er eine Schlüsselfunktion im Rahmen des regionalen Vertrauensleutenetzwerkes aus. Als ehemaliger Mainzer Parteisekretär der SPD verfügte er über enormes Wissen und zahlreiche Kontakte zu ehemaligen SPD-Mitgliedern im rheinhessischen Raum. Es gelang ihm, auch mit führenden Köpfen wie Wilhelm Leuschner, Jakob Steffan und Ludwig Schwamb dauerhaft in Verbindung zu bleiben und Vernetzungsarbeit zu leisten.

Als Tarnung für diese Kommunikationswege diente unter anderem die Damenschneiderei seiner Tochter Rosa, über die der Briefverkehr zwischen den Vertrauensleuten abgewickelt werden konnte. Hierbei wurden codierte Begriffe verwendet, die nur von Eingeweihten entschlüsselt werden konnten.[32]

In Vorbereitung des Attentats vom 20. Juli 1944 war Alfred Freitag für den Mainzer Stützpunkt zuständig. Er kooperierte hierbei mit einer katholischen Gruppe unter Leitung von Dr. Ernst Doller sowie einer Gruppe des Einheitsverbandes der Eisenbahner unter Leitung von Anton Calujek und Adolf Bößwetter. Der Widerstandsgruppe gelang es, Kontakte zur Gestapo zu etablieren und dadurch frühzeitig an interne Informationen zu kommen, wodurch es möglich war, im Vorfeld geplanter Festnahmen entsprechend zu reagieren.[33]

Nach dem gescheiterten Umsturzversuch wurde auch Alfred Freitag verhaftet, jedoch mangels Beweisen nicht bestraft.[34] Vermutlich retteten die aus isolierten Zellen bestehende Struktur der Widerstandsbewegung und das eiserne Schweigen von Ludwig Schwamb ihm und vielen seiner Genossen aus der Region das Leben.

Am Rande wird erwähnt, dass Familie Freitag während des Krieges zweimal von Bombenschäden betroffen war.[35]

Nach der NS-Zeit wohnte Freitag zunächst in der Kreyßigstraße 4,[36] danach im Anwesen am Zollhafen 10 in Mainz und engagierte sich erneut als Bezirkssekretär der SPD in Rheinhessen sowie bis 1955[37] als Mitglied des Mainzer Stadtrates,[38] wo er unter anderem auch Anton Calujek traf.[39] Anlässlich seines 75. Geburtstages im Jahr 1955 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Mainz ernannt.[40] Maßgeblich für diese Auszeichnung war jedoch nicht sein politischer Widerstand sondern sein Engagement im Rahmen der Gründung der Arbeiterwohlfahrt in Mainz.

Parallel zur Wiederaufnahme des Parteiengagements versuchte er frühzeitig, Entschädigungsleistungen für die erlittenen finanziellen Verluste zu erhalten. Der erste Beleg hierfür ist ein Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Mainz aus dem Jahr 1946.[41] Nachdem ihm bereits das Schweigen seines Freundes Ludwig Schwamb das Leben gerettet hatte, profitierte er nach dem Krieg von der Aussage von dessen Witwe Elisabeth Schwamb, die bestätigen konnte, dass Freitag Mitglied der Widerstandsgruppe rund um ihren Mann gewesen war.[42] Glücklicherweise konnte auch das diskriminierende Vorgehen des Mainzer Arbeitsamtes bei der Vermittlung von Alfred Freitag bereits 1952 durch eine eidesstattliche Erklärung des damaligen Arbeitsvermittlers Heinrich Paulus bestätigt werden, der Freitags Aussagen verifizierte. Alfred Freitag suchte hier persönlich das Gespräch.[43] Ohne die Aussage von Paulus hätte dieses Unrecht vermutlich niemals dokumentiert werden können, da sämtliche relevanten Unterlagen des Mainzer Arbeitsamtes zu Alfred Freitag im Krieg vernichtet wurden.[44]

Als Opfer des Faschismus anerkannt, erhielt er ab dem 1. April 1955 aus dem Härtefonds eine monatliche Zuwendung.[45] 1956 wurde ihm im Entschädigungsverfahren eine monatliche Rente, rückwirkend ab dem 1. Januar 1953, zugesprochen.[46]
Alfred Freitag starb am 6. März 1959 in Mainz.[47]

1 Schreiben an die Betreuungsstelle „Opfer des Faschismus“ 24.6.1949.
2 Protokoll Vorladung Landesamt für Wiedergutmachung 28.5.1956.
3 Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten (o. O. u. J.) S. 465.
4 http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Freitag (Abruf 20.7.2014).
5 Axel Ulrich: Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen zum zivilen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen. Vortrag, Oppenheim, 27.7.1944, S.12.
6 Archiv NS Dokuzentrum RLP ID 306.
7 http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Freitag (Abruf 20.7.2014).
8 Schreiben an das Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen 19.7.1952.
9 Amtliche Bescheinigung Polizeipräsidium Mainz 12.5.1967.
10 Schreiben an das Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen 19.7.1952.
11 Archiv NS Dokuzentrum RLP ID 306.
12 Protokoll Vorladung Landesamt für Wiedergutmachung 28.5.1956.
13 Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten (o. O. u. J.) S. 465.
14 Protokoll Vorladung Landesamt für Wiedergutmachung 28.5.1956.
15 Axel Ulrich: Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen zum zivilen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen. Vortrag, Oppenheim, 27.7.1944, S. 13.
16 Protokoll Vorladung Landesamt für Wiedergutmachung 28.5.1956.
17 http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Freitag (Abruf 20.7.2014).
18 Schreiben an die Betreuungsstelle „Opfer des Faschismus“ 24.6.1949.
19 Schreiben an das Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und kontrollierte Vermögen vom 19.7.1952.
20 Schreiben an die Betreuungsstelle „Opfer des Faschismus“ 24.6.1949.
21 Axel Ulrich: Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen zum zivilen Widerstand im Rhein-Main-Gebiet und in Rheinhessen. Vortrag, Oppenheim, 27.7.1944, S. 13.
22 Schreiben an die Betreuungsstelle „Opfer des Faschismus“ 24.6.1949.
23 Archiv NS Dokuzentrum RLP ID 306.
24 Schreiben an die Betreuungsstelle „Opfer des Faschismus“ 24.6.1949.
25 Antrag zum Ersatz von Schäden im wirtschaftlichen Fortkommen vom 29.8.1951.
26 Schreiben an das Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und kontrollierter Vermögen vom 19.7.1952.
27 Eidesstattliche Erklärung von Alfred Freitag 19.10.1951.
28 Schreiben an das Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und kontrollierter Vermögen vom 19.7.1952.
29 Eidesstattliche Erklärung von Alfred Freitag 19.10.1951.
30 Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Mainz 24.3.1946.
31 Schreiben an das Regierungsbezirksamt für Wiedergutmachung und kontrollierter Vermögen vom 19.7.1952.
32 Schreiben an die Betreuungsstelle „Opfer des Faschismus“ 24.6.1949.
33 Axel Ulrich: Zum politischen Widerstand gegen das „Dritte Reich“ in Mainz (o. O. u. J.) S. 6.
34 Schreiben an die Betreuungsstelle „Opfer des Faschismus“ 24.6.1949.
35 Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Mainz 24.3.1946.
36 Bericht der Betreuungsstelle Opfer des Faschismus an das Landesamt für Wiedergutmachung RLP 11.6.1949.
37 Archiv NS Dokuzentrum RLP ID 306.
38 Axel Ulrich: Zum politischen Widerstand gegen das „Dritte Reich“ in Mainz (o. O. u. J.) S.19.
39 Axel Ulrich/Angelila Arenz-Morch: Für Freiheit und Recht – Der „20. Juli 1944“ und seine Verbindungen in unsere Region.
40 Liste der Ehrenbürger der Stadt Mainz.
41 Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Mainz 24.3.1946.
42 Bericht der Betreuungsstelle Opfer des Faschismus an das Landesamt für Wiedergutmachung RLP 11.6.1949.
43 Eidesstattliche Erklärung von Heinrich Paulus, Mainz 18.7.1952.
44 Bescheinigung des Arbeitsamtes Mainz vom 10.10.1951.
45 Schreiben des Landesamts für Wiedergutmachung und verwaltete Vermögen Mainz 5.4.1955.
46 Ergänzungsfeststellungsbescheid an Rosa Harasin (geb. Freitag) 24.4.1965.
47 Archiv NS Dokuzentrum RLP ID 306.

In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1
Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 2
Privatisierung und parlamentarische Rechte
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 3
„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“
1848 – eine europäische Revolution?
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 4
Parlamentsreform
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 5
Sozialpolitik auf dem Prüfstand
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung
aus Anlaß der Tage der Forschung 1998
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 6
Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999
Mainz 1999 (vergriffen)

Heft 7
Kirche und Staat. Partner am Wendepunkt?
Podiumsdiskussion
Mainz 1999 (vergriffen)

Heft 8
Gedenkveranstaltung
zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges
Mainz 1999 (vergriffen)

Heft 9
Verfassungsreform
Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000
Mainz 2000 (vergriffen)

Heft 10
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000
Kinder und Jugendliche im Holocaust
Mainz 2000 (vergriffen)

Heft 11
Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich
Mainz 2000 (vergriffen)

Heft 12
Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz
am 20. Juni 2000
Mainz 2000 (vergriffen)

Heft 13
Politik mit der Bibel?
Diskussionsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 14. Dezember 2000
Mainz 2001 (vergriffen)

Heft 14
Länderverfassungen im Bundesstaat
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 19. Dezember 2000
Mainz 2001 (vergriffen)

Heft 15
Haushaltsreform und parlamentarisches
Budgetrecht in Rheinland-Pfalz
Mainz 2001 (vergriffen)

Heft 16
Leidensstätten der Opfer des Nationalsozialismus in Mainz
Mainz 2001 (vergriffen)

Heft 17
Was kann, was darf der Mensch?
Symposium zu aktuellen Fragen der Bioethik
Mainz 2001 (vergriffen)

Heft 18
Verfassungsentwicklung in Europa nach Nizza:
Die Rolle der Regionen
Internationale Tagung in Trier am 7. und 8. Dezember 2001
Mainz 2002 (vergriffen)

Heft 19
Russlanddeutsche im Strafvollzug
Anhörung der Strafvollzugskommission des Landtags Rheinland-Pfalz
am 29. Oktober 2002
Mainz 2002 (vergriffen)

Heft 20
Wider das Vergessen – Für die Demokratie
Abgeordnete des Landtags im Dialog mit Schülerinnen und Schülern
aus Anlass des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar 2003
Mainz 2003 (vergriffen)

Heft 21
Streitfall Pflege
Lösungsansätze und Perspektiven in Rheinland-Pfalz
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 1. April 2003
Mainz 2003 (vergriffen)

Heft 22
Mit den Augen des Anderen
Die jüdisch-arabische Verständigungsinitiative Givat Haviva
Ausstellung und Podiumsdiskussion
im Landtag Rheinland-Pfalz
am 3. Dezember 2003
Mainz 2003 (vergriffen)

Heft 23
„Einzig hoffe ich noch auf Buonaparte, der ein großer Mann ist!"
Napoleons und Dalbergs Mainzer Treffen im September 1804
Vortragsveranstaltung am 22. September 2004
Mainz 2004 (vergriffen)

Heft 24
Nahe am großen Krieg – Rheinpreußen und die Pfalz 1914
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 29. September 2004
Mainz 2004 (vergriffen)

Heft 25
Nur freie Menschen haben ein Vaterland
Georg Forster und die Mainzer Republik
Vortragsveranstaltung
Mainz 2004

Heft 26
Der 27. Januar – Zerfall – Wendepunkt – Hoffnung
Gedenksitzung des Landtags Rheinland-Pfalz aus Anlass
desGedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus
am 27. Januar 2005
Mainz 2005

Heft 27
20. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz 2004
Dokumentation
Mainz 2005

Heft 28
Stand und Perspektiven des Leistungsauftrags Rheinland-Pfalz
Workshop zur politischen Steuerung durch Zielvorgaben im Haushalt
im Landtag Rheinland-Pfalz am 16. Februar 2005
Mainz 2005 (vergriffen)

Heft 29
Friedrich Schillers politischer Blick
Eine Veranstaltung in der Reihe „Literatur im Landtag"
im Landtag Rheinland-Pfalz am 4. Oktober 2005
Mainz 2006 (vergriffen)

Heft 30
Christoph Grimm Reden 1991–2006
Eine Auswahl aus der Amtszeit des rheinland-pfälzischen
Landtagspräsidenten
Mainz 2006

Heft 31
Die Präsidenten des Landtags 1946–2006
Biographische Skizzen aus sechs Jahrzehnten
rheinland-pfälzischer Parlamentsgeschichte
Mainz 2006

Heft 32
Die „Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“
und seine demokratische Entwicklung
Eine Veranstaltung des Landtags und der
Landesregierung Rheinland-Pfalz zur Landesgründung
am 30. August 2006 im Plenarsaal des Landtags in Mainz
Mainz 2007

Heft 33
60 Jahre Parlament in Rheinland-Pfalz
Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages
der Konstituierung der Beratenden Landesversammlung
am 22. November 2006 im Stadttheater Koblenz
Mainz 2007

Heft 34
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2007
Plenarsitzung, Vorträge und Ausstellung
im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007 (vergriffen)

Heft 35
„Packt an! Habt Zuversicht!“
Über die Entstehung des Landes Rheinland-Pfalz
und seinen Beitrag zur Gründung der
Bundesrepublik Deutschland
Mainz 2007 (vergriffen)

Heft 36
„Was bedeutet uns Hambach heute?“
Podiumsdiskussion am 24. Mai 2007 und Präsentation
des Sonderpostwertzeichens „175 Jahre Hambacher Fest“
am 2. Mai 2007 im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2007 (vergriffen)

Heft 37
„(...) Den sittlich, religiösen, vaterländischen
Geist der Nation zu heben (...)“
Die Reformen des Freiherrn vom Stein
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
am 13. September 2007
Mainz 2007

Heft 38
„700 Jahre Wahl Balduins von Luxemburg zum Erzbischof von Trier“
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 7. Dezember 2007 im Kurfürstlichen Palais in Trier
Mainz 2008

Heft 39
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2008
Plenarsitzung, Ausstellung und Lesung mit Musik
im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2008

Heft 40
60 Jahre Israel –
zwischen Existenzrecht und Existenzbedrohung
Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz am 5. Mai 2008
Mainz 2008

Heft 41
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens
an die Opfer des Nationalsozialismus 2009
Plenarsitzung im Pfalzklinikum Klingenmünster,
Ausstellung und Vortragsveranstaltung im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2009

Heft 42
60 Jahre Grundgesetz:
Fundament geglückter Demokratie
Festakt am 18. Mai 2009 im Landtag
aus Anlass der Zustimmung des Landtags Rheinland-Pfalz
zum Grundgesetz am 18. Mai 1949
Mainz 2009

Heft 43
Auswanderung nach Amerika
Vortragsveranstaltungen zur Auswanderung aus Gebieten des
heutigen Rheinland-Pfalz nach Brasilien am 10. Juli 2009
und zur Auswanderung in die USA am
15. September 2009 im Landtag
Mainz 2009

Heft 44
Die Folgen des Klimawandels für Rheinland-Pfalz
Aus der Arbeit der Enquete-Kommission „Klimawandel“ des Landtags
Mainz 2010

Heft 45
„Wir sind das Volk!“
Freiheit, Einheit und Europa vom Hambacher Fest bis heute
Podiumsdiskussion am 6. Oktober 2009
im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 2010

Heft 46
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens
an die Opfer des Nationalsozialismus 2010
Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz,
Vortragsveranstaltung in Mainz
Mainz 2010

Heft 47
„Dass diese Entscheidung sich auswirken möge zum Wohl von Volk und Land“
60 Jahre Hauptstadtbeschluss des Landtags
Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz,
der Landesregierung und der Landeshauptstadt Mainz
am 17. Mai 2010 im Plenarsaal des Landtags
Mainz 2010

Heft 48
Auf einem guten Weg!
20 Jahre Deutsche Einheit – Rheinland-Pfalz
Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 15. September 2010
Mainz 2011

Heft 49
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2011
Plenarsitzung in der Synagoge der Jüdischen Gemeinde Mainz
Ausstellungen im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2011

Heft 50
Volksentscheide, Demokratie und Rechtsstaat
Das rheinland-pfälzische Reformprojekt
„Mehr Bürgerbeteiligung wagen“
im Lichte schweizerischer und deutscher Erfahrungen
Diskussionsveranstaltung in der Reihe „Partner im Dialog“
am 14. Juni 2011 im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz
Mainz 2011

Heft 51
Anfänge der modernen Demokratie in Mainz –
Das „Deutschhaus“ als Erinnerungsort
Vortrag im Landtag Rheinland-Pfalz am 9. August 2011
zum Abschluss der Reihe „Verborgen – Verloren – Wiederentdeckt.
Erinnerungsorte in Mainz von der Antike bis zum 20. Jahrhundert“
Mainz 2011

Heft 52
„Kreuz – Rad – Löwe“
Vortragsveranstaltungen anlässlich der Autorentage des Projektes
„Handbuch der Geschichte von Rheinland-Pfalz“
am 24. April 2009 und am 17. September 2010
Mainz 2012

Heft 53
„Landauf – Landab“
Fünf Abgeordnete und 200 Jahre Demokratie- und Parlamentsgeschichte
Mainz 2012

Heft 54
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2012
Plenarsitzung und Ausstellung im Landtag Rheinland-Pfalz
Konzert in der Kirche St. Bonifaz in Mainz
Mainz 2012

Heft 55
Die Mainzer Republik 1792/93
Französischer Revolutionsexport
und deutscher Demokratieversuch
Schriften von Franz Dumont,
bearbeitet von Stefan Dumont und Ferdinand Scherf
Mainz 2013

Heft 56
„Ein neues demokratisches Deutschland
als lebendiges Glied der Völkergemeinschaft zu formen …“
Feierstunde aus Anlass der Annahme der Verfassung für Rheinland-Pfalz
vor 65 Jahren am 18. Mai 2012 im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2013

Heft 57
180 Jahre Hambacher Fest
Gemeinsame Feierstunde
von Landtag und Landesregierung Rheinland-Pfalz
am 25. Mai 2012 auf dem Hambacher Schloss
Mainz 2013

Heft 58
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2013
Plenarsitzung in der Gedenkstätte KZ Osthofen,
Ausstellungen und Vortrag im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2013

Heft 59
Veranstaltungen zum 220. Jahrestag
der Ausrufung der Mainzer Republik am 18. März 2013
Platzumbenennung, Festveranstaltung,
Ausstellung und Vortrag im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2014

Heft 60
Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus 2014
Plenarsitzung und Ausstellungen im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2014

Heft 61
Aufgeklärte Frauen, die Mainzer Republik und die Liebe zur Freiheit
Auftaktveranstaltung zum „Tag der Archive“
unter dem Motto „Frauen – Männer – Macht“
am 6. März 2014 im Landtag Rheinland-Pfalz
Mainz 2014